EWG - Block der kapitalistischen Monopole und neokolonialistische Großmacht Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 22. April 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

DGB-Maiaufruf verteidigt den Kapitalismus

Nieder mit dem Regierungsmai!

Der 1. Mai, Weltkampftag der Arbeiterklasse, steht in diesem Jahr im Zeichen einer neuen Welle von Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, im Zeichen anhaltender und wachsender Massenarbeitslosigkeit. Die Unruhe und Empörung unter den werktätigen Massen wächst. In dieser Situation versucht sich der reaktionäre DGB-Apparat als „Sprachrohr der Massen gegen Arbeitsplatzvernichtung" aufzuspielen. Im Maiaufruf des DGB tönt es scheinradikal: „Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik müssen wissen, wir werden keinen Arbeitslosensockel dulden." Soll man diesen Worten Glauben schenken? Hat es sich nicht schon tausendfach gezeigt, daß der DGB-Apparat in seinen wirklichen Taten der Arbeiterklasse stets in den Rücken fällt und ihre Interessen mit Füßen tritt?

Halten wir einmal fest: Die Oberbonzen des DGB-Apparates, die Vetter, Loderer, Kluncker, Mahlein usw. sitzen infolge der Mitbestimmung selbst in den Aufsichtsräten der Konzerne. Sie beschließen die Massenentlassungen, Stillegungen und Rationalisierungsfeldzüge der Krupp, Thyssen und Mannesmann, der Siemens, AEG, BASF, HDW usw. selbst mit. Loderer ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender des Mannesmannkonzerns. Er hat persönlich dabei „mitbestimmt", als die Entscheidung gefällt wurde, daß die beiden Düsseldorfer Mannesmann-Werke stillgelegt und 1.800 Kollegen auf die Straße geworfen werden sollen. Er hat mit dafür gesorgt, daß den Belegschaften monatelang die Wahrheit verschwiegen wurde, genauso wie er weiterhin dafür sorgt, daß den Arbeitern und kleinen Angestellten der anderen Mannesmannbetriebe die Wahrheit über geplante Rationalisierungs-, Kurzarbeits-, Entlassungs- und Stillegungspläne verschwiegen wird. Wenn diese Herren sich als „Gegner der Arbeitsplatzvernichtung", als „Vorkämpfer gegen Arbeitslosigkeit" ausgeben, so ist das eine widerliche Heuchelei.

Daß sich der DGB-Apparat bei den Demonstrationen der Stahlarbeiter in Düsseldorf, Köln, Saarbrücken oder Oberhausen gegen die geplanten Stillegungen und Massenentlassungen an die Spitze stellt, hat nur den einen Grund: die Bewegung unter Kontrolle zu halten, um den Kampf abzuwiegeln und abzuwürgen. Dabei lassen sie meist die Revisionisten der D„K"P in den Vordergrund treten, die besonders „radikal" auftreten, um so das Mißtrauen der Kollegen gegen den verräterischen Gewerkschaftsapparat einzuschläfern.

Systematisch schüren DGB und D„K"P Illusionen, der Staat bzw. die Regierung könnten dazu überredet oder „gedrängt" werden, „gegen das Faustrecht des Profits" einzuschreiten und sich gegen die Konzerne und für die Erhaltung der Arbeitsplätze einzusetzen. In Wahrheit ist jedoch der Staat das Instrument der Kapitalisten und nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalisten und den kapitalistischen Staat ist es möglich, Stillegungen und Massenentlassungen zu verhindern.

Der DGB verteidigt das kapitalistische System

„Das Recht auf Arbeit muß endlich verwirklicht werden", tönen die Bonzen und Arbeiterverräter. Sie wollen darüber hinwegtäuschen, daß im Kapitalismus ein Recht auf Arbeit illusorisch ist, weil die Kapitalisten nicht darauf verzichten wollen und können, nach Höchstprofit zu jagen, und weil Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen im Kapitalismus gesetzmäßige, unumgängliche Erscheinungen sind. Die Vertreter des DGB-Apparates sind sich selbst sehr wohl darüber klar, daß das Millionenheer der Arbeitslosen in unserem Land nicht etwa Ergebnis einer nur „vorübergehenden Störung" der kapitalistischen Wirtschaft ist. Und wenn diese Bonzen so tun, als könnte die Massenarbeitslosigkeit durch eine „bessere Politik" und durch Refor-

Fortsetzung auf Seite 5



Demonstration der Thyssen-Arbeiter in Oberhausen gegen die Stillegung des SM-Stahlwerks.

Juan Carlos besucht die Bundesrepublik

Bonner Hilfe für das faschistische Regime

Vom 19. bis zum 21. April besucht der spanische König Juan Carlos, der höchste Repräsentant des monarchofaschistischen Regimes, die Bundesrepublik. In den Besprechungen, die er hier mit der Bonner Regierung abhalten wird, werden, wie bei den vorangegangenen intensiven Kontakten, neue Komplotte geschmiedet, um den Kampf der werktätigen Massen Spaniens gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Monarchie und für die Freiheit abzuwürgen und zum Stillstand zu bringen. Die Schlagworte von der „Schaffung eines neuen Spanien", über die „Liberalisierung" und „Demokratisierung" des Systems, die bei dieser Gelegenheit vom Stapel gelassen werden, können darüber nicht hinwegtäuschen.

Die westdeutschen Imperialisten haben das faschistische Regime in Spanien schon immer unterstützt. Dieses Regime garantierte und garantiert den westdeutschen Monopolen die Ausbeutung der spanischen Arbeiterklasse zu Hungerlöhnen und sichert den westdeutschen Imperialisten Macht und Einfluß in Spanien. Es ist deshalb kein Wunder, daß fast alle großen westdeutschen Monopole ihre Niederlassungen in Spanien errichtet haben: Bayer, Hoechst, Siemens, Krupp, Daimler-Benz, die Deutsche Bank und andere. Als Sachwalter ihrer Interessen hat jede Bonner Regierung das faschistische Regime wirtschaftlich, politisch und militärisch unterstützt und engste Verbindungen zu ihm unterhalten. Gemeinsam mit den amerikanischen Imperialisten geben die westdeutschen Imperialisten heute der Demokratisierungsfarce in Spanien ihren Segen. Dabei spielt die SPD eine Vorreiterrolle, die Felipe Gonzales, einen Lakaien des USA-Imperialismus protegieren. Aber die westdeutschen Imperialisten unterstützen auch alle anderen konterrevolutionären Kräfte in Spanien. Diese Zusammenarbeit der westdeutschen Imperialisten mit dem monarchofaschistischen Regime und allen Kräften, die es unterstützen, müssen die Werktätigen Spaniens teuer, mit ihrem Blut und Schweiß bezahlen. Dieses Regime ist ein Ausbeuter- und Unterdrückerregime und die amerikanischen, westdeutschen und anderen Imperialisten, die es unterstützen, sind Feinde der Völker Spaniens.

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Washington, Bonn, Paris

Atomschacher zwischen den Imperialisten

Die Bundesregierung hat den Atomvertrag mit dem brasilianischen faschistischen Regime endgültig genehmigt und die dafür erforderlichen Exportgenehmigungen erteilt. Zugleich hat sich der Kampf der kapitalistischen Monopole um die Kernenergiemärkte verschärft. Angeblich wird der erbitterte Kampf zwischen den westdeutschen, französischen, amerikanischen und anderen Monopolen und den jeweiligen Regierungen geführt, weil die Entwicklung der Kernenergie für die Menschheit „lebenswichtig" sei, weil sich Herr Carter „um den Weltfrieden sorgt" usw. In Wirklichkeit werden diese Parolen von den jeweiligen Propagandisten lediglich ausgestreut, um den wahren Antrieb des Kampfes zu vertuschen: Die Jagd der kapitalistischen Monopole nach Höchstprofiten, ihr Versuch, sich noch fester in anderen Ländern festzukrallen, sich durch die Beherrschung der Kernindustrie Macht und Einfluß zu sichern.

So umfaßt der Vertrag zwischen den westdeutschen Imperialisten mit den brasilianischen Faschisten nicht nur die Lieferung mehrerer Kernkraftwerke samt Wiederaufbereitungsanlagen — allein daran verdienen die Siemens und Co. Millionen — sondern auch die Verpflichtung des brasilianischen Regimes, Westdeutschland mit Uran zu versorgen. Gleichzeitig sicherten sich die westdeutschen Imperialisten das „Recht" der ungehinderten Kontrolle der Anlagen auch nach ihrer Fertigstellung, womit sie sich gleichzeitig die Möglichkeit zur Entwicklung und Erforschung der Produktion von Atomwaffen verschafften. Der Charakter dieses Vertrages, der auf dem Rücken des brasilianischen Volkes abgeschlossen wurde, ist typisch für alle Verträge, die zwischen den imperialistischen Mächten, die Atomkraftwerke exportieren, und den Ländern, in die sie geliefert werden, abgeschlossen worden sind. Die amerikanischen Imperialisten zum Beispiel haben schon vor längerer Zeit ein Abkommen mit den japanischen Imperialisten geschlossen, das diese verpflichtet, vor der Inbetriebnahme einer Wiederaufbereitungsanlage erst die Erlaubnis Washingtons einzuholen.

Gerade das Beispiel Brasiliens zeigt auch, daß die amerikanischen Imperialisten, die sich jetzt als „Hüter des Weltfriedens" aufspielen und

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 2

AUS DEM INHALT

Bonner Hilfe für das faschistische Regime

Fortsetzung von Seite 1

Mehr denn je vereinigen sich heute die Völker Spaniens unter der Losung der Republik zum Kampf gegen die Monarchie. Mit aktiver Beteiligung der KP Spaniens/ML und der FRAP wurde vor einiger Zeit die Republikanische Konvention gegründet. Unter ihrer Fahne kämpfen sie für eine Republik, in der das Volk die Macht in den Händen hält. In einem Flugblatt der Republikanischen Konvention zum 14. April heißt es:

„Die Monarchie unter Juan Carlos — abgesehen von ihrer völligen Unrechtmäßigkeit, denn sie wurde dem Volk von Franco und den Amerikanern aufgezwungen — hat in der ganzen Zeit ihrer Existenz bewiesen, daß sie die getreue Fortsetzerin der arbeiter- und volksfeindlichen Politik des Franco-Regimes ist. (. . .) Warum akzeptiert unser Volk die Monarchie nicht und kämpft immer entschlossener für die Republik? Die Tatsachen geben darauf die schlagendste Antwort:

Eineinhalb Millionen Arbeitslose mit einer Hungerunterstützung — wenn sie sie bekommen; ständige Erhöhung der Lebenshaltungskosten; ärmliche Löhne, die nicht mit der Inflation schritthalten können; die von der Regierung dekretierte Freiheit der Entlassungen; und das alles verbunden mit der Erleichterung der ausländischen, hauptsächlich amerikanischen Investitionen, die unser Land noch abhängiger machen und es ausbluten; mit der ständigen Flucht des Kapitals der Oligarchie ins Ausland und der Korruption, die kennzeichnend ist für die Klasse, die seit 40 Jahren die Macht innehat — sie alle bringen das Land und Tausende von Familien an den Rand des Ruins.

Dagegen haben sich die Völker Spaniens erhoben und sie haben ihre republikanische und antimonarchistische Einstellung zur Genüge bewiesen: Hunderttausende von Söhnen des Volkes demonstrierten auf den Straßen und hissen mit Begeisterung die Trikolore der Freiheit in Barcelona, Madrid, Valencia, Andalusien, Galizien . . . und machen mutig Front gegen die bewaffnete Polizei und die Guardia Civil. Millionen von Arbeitern wie bei Roca Radiadores (Barcelona), Tarabusi (Bilbao), Hugui (Huelva), bei den Generalstreiks der Bauarbeiter in Navarra, Valencia, Leon, Burgos, Barcelona, bei den Fischern in Almeria usw. setzen Unternehmer und Polizei matt im Kampf gegen die Freigabe der Entlassungen, für die Anerkennung von in Versammlungen frei gewählten Delegierten, gegen die Teuerung und den Lohnstopp, für das Recht zu überleben. Tausende und Abertausende von Bauern haben Ländereien besetzt und sich gegen die verbrecherische Agrarpolitik der Monarchie und der Amerikaner erhoben. Die Völker der Nationalitäten (Katalonien, Baskenland, Galizien) gehen auf die Straße für das Recht auf Selbstbestimmung und gegen den Zentralismus der Monarchie. (. . .) Es ist das gesamte Volk, das sich gegen die Unterdrückung durch die Monarchie und für die Freiheit in Bewegung gesetzt hat . . .

Die Monarchie hat darauf mit Pulver und Blei geantwortet. Fast 70 Tote in wenig mehr als einem Jahr kennzeichnen den unterdrückerischen und mörderischen Charakter dieses Regimes.

Die Verbote von Demonstrationen und die Polizeiangriffe auf sie, die Einkerkerung von Antifaschisten und Republikanern, die wilde Unterdrückung der Streiks zeigen den von der Monarchie beschrittenen Weg: Massenentlassungen, Schläge und Blei für das Volk. Nur für diejenigen, die sich vor diesem unrechtmäßigen Regime beugen und mit ihm paktieren, werden Wahlen ‚zubereitet', die sie besser in die Lage versetzen, den Kampf des Volkes zu bremsen und aufzuhalten, der das verrottete Gebäude des Faschismus zum Einsturz zu bringen droht."

Es ist deshalb kein Wunder, wenn das monarchofaschistische Regime von den Imperialisten in Ost und West nach allen Kräften unterstützt wird, wenn der amerikanische Imperialismus, der Spanien beherrscht, alle Anstrengungen unternimmt, die Monarchie am Leben zu erhalten.

Der wirkliche, volksfeindliche Charakter des spanischen Regimes zeigte sich auch erneut am 14. April, dem 46. Jahrestag der Ausrufung der Republik. An diesem Tag hatte die spanische Regierung ein vollständiges Demonstrationsverbot verhängt und überall in den Großstädten schwerbewaffnete Einheiten der Armee und der berüchtigten Guardia Civil aufmarschieren lassen, um jede Demonstration für die Republik von vornherein zu ersticken. **Trotzdem folgten Tausende von Menschen den Aufrufen der Kommunistischen Partei Spaniens/ML und der FRAP, versammelten sich in den Straßen und zeigten die Fahne der Republik. Bei den Kämpfen gegen die Polizei, die die Demonstranten sofort mit Gummiknüppeln und Tränengas überfiel, wurden mindestens 80 Menschen verhaftet.**

An diesem Tag zeigte sich auch erneut der schmähliche Verrat der Partei Carrillos, der modernen Revisionisten am Kampf des spanischen Volkes für seine Freiheit. Gerade eben hatte die spanische



Carrillo — Stiefellecker der Monarchie

Regierung die langjährige verräterische Tätigkeit dieser Partei mit ihrer Legalisierung und offiziellen Anerkennung belohnt, da rief der Verräter Carrillo seine Anhänger und die spanischen Werktätigen zur Ruhe und "Besonnenheit" auf und ließ sämtliche Kundgebungen und Demonstrationen absagen. Stattdessen veröffentlichte er Ehrenerklärungen für den König und die monarchofaschistische Regierung Suarez und bescheinigte ihr, sie mache eine „bessere Politik, als fast alle erwartet hätten". Die spanischen Revisionisten, die die Besetzung des Landes durch die Truppen des amerikanischen Imperialismus gutgeheißen haben, die die aggressive NATO und die räuberische EWG verteidigen, die den Kampf für die Diktatur des Proletariats aus ihrem Programm gestrichen haben, die den Kampf für die Republik längst verrieten und ihren Frieden mit der Monachie machten, haben den traurigen Ruhm, ihre Zulassungsurkunde aus der Hand eines faschistischen Regimes erhalten zu haben, wirklich verdient. Sie nennen sich Kommunisten, aber wo hätte es das schon jemals gegeben, daß eine wahrhaft kommunistische Partei die Anerkennung der schlimmsten Feinde der Werktätigen, der Imperialisten und Faschisten gefunden hätte? Tatsache ist vielmehr, daß das faschistische Regime die Legalisierung der revisionistischen Carrillo-Clique als Alibi für die angebliche Demokratisierung des Landes brauchte, daß sie die modernen Revisionisten braucht, um den immer mächtiger anschwellenden Kampf der spanischen Volksmassen gegen die Monarchie, gegen die imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker des Landes, gegen die faschistische Oligarchie, für die föderative Volksrepublik, von innen heraus zu unterhöhlen, den Geist der Klassenversöhnung in diese Kämpfe hineinzutragen, sie auf jede Weise zu bremsen und zu lähmen, um ihre Herrschaft zu retten und die Volksmassen zu entwaffnen. Für den Judaslohn der Legalisierung sind die modernen Revisionisten bereit, ihre verräterische Tätigkeit noch mehr zu intensivieren. Gemeinsam mit den Monarchofaschisten haben sie einen einheitlichen konterrevolutionären Block gegen die kämpfenden Volksmassen und ihre marxistisch-leninistische Vorhut, die KP Spaniens/ML gebildet.

Aber die Völker Spaniens werden ihren Kampf verstärken und unter der Führung der KP Spaniens/ML die Imperialisten verjagen und die Ausbeuter stürzen, um die föderative Volksrepublik zu errichten und zum Sozialismus vorwärtszuschreiten.

Kurz berichtet

GIESSEN

In Gießen hat am 1. April ein Kulturabend der ROTEN GARDE stattgefunden. Es kamen über zwanzig Freunde und Genossen. Die Freunde und Genossen hörten Lieder verschiedener Bürgerinitiativen und diskutierten darüber. Dazwischen wurden revolutionäre Lieder gesungen, wobei besonders das Spottlied über Stoltenberg, das anläßlich der Demonstration in Brokdorf vom Kieler Agitproptrupp der Partei geschrieben worden war, große Begeisterung auslöste.

GIESSEN

In Gießen erschien vor kurzem die erste Ausgabe der „Roten Penne", der Schülerzeitung der ROTEN GARDE. Die Zeitung wurde vor drei Gesamtschulen und zwei Berufsschulen verteilt. In der ersten Nummer stellen die Genossen die Ziele und den Kampf der ROTEN GARDE für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland vor, enthüllen die Bespitzelung der Schüler an den Gießener Schulen und veröffentlichen eine selbstgeschriebene revolutionäre Kurzgeschichte.



FREIBURG

Auch in Freiburg wurde vor kurzem ein Kulturabend der Partei abgehalten. Die Genossen zeigten dabei unter anderem Bilder vom Kampf der Kaiserstühler Bevölkerung gegen das Atomkraftwerk in Wyhl und verabschiedeten eine Resolution für den Genossen Bernd Woitalla, der bei der Demonstration in Brokdorf am 19. November schwer verletzt worden war. Zu seiner Unterstützung wurden auf dem Abend insgesamt 122,82 DM gesammelt.

LÜBECK

Am Karfreitag hat die ROTE GARDE Lübeck ein Geländespiel durchgeführt, an dem sich 28 Freunde und Genossen beteiligten. Trotz des kalten Wetters mit zeitweiligem Schneefall wurde es ein großer Erfolg. Nach der Begrüßung und dem Singen eines Liedes wurde ein Geländespiel gemacht, bei dem die Freunde und Genossen ordentlich ins Schwitzen kamen. Der Tag wurde mit einem geselligen Abend beendet. In einer revolutionären Stimmung wurden Lieder gesungen, Spiele gemacht und getanzt. Als der Abend gegen 23 Uhr zu Ende war, war allen klar: So etwas muß die ROTE GARDE öfter machen.

BOCHUM

Vor kurzem wurde in Bochum ein Kulturabend mit dem Thema „Die 1848er Revolution in Deutschland" durchgeführt. Der Abend, zu dem ca. 40 Freunde und Genossen gekommen waren, wurde mit einem Referat eingeleitet. Anschließend sang der Bochumer Agitproptrupp Lieder der damaligen Zeit, zu denen Diabilder von den revolutionären Kämpfen gezeigt wurden. Zum Schluß des Abends wurden ca. 130 DM für den Kampf der Partei gesammelt.

Atomschacher zwischen den Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

ihre „Sorge" über die Weiterverbreitung von Atomwaffen nicht genug herausstreichen können, in Wirklichkeit das Geschäft gern selbst gemacht hätten. Vollends als Betrug entlarven sich ihre Parolen, wenn man weiß, daß sie selbst schon lange einen ähnlichen Vertrag zu genau den gleichen Bedingungen mit den brasilianischen Faschisten abgeschlossen haben.

Angesichts der hohen Profite, die das Geschäft mit der Kernenergie garantiert, vor allem aber auch angesichts der großen strategischen Bedeutung der Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen für den Bau von nuklearen Waffen, ist es kein Wunder, daß sich der Kampf zwischen den imperialistischen Mächten auf diesem Gebiet schnell verschärft hat.

Dabei üben und üben vor allem die amerikanischen Imperialisten offen Druck auf ihre Verbündeten aus, um sie zum Nachgeben zu zwingen. Sogar jetzt erklären sie, daß das letzte Wort über den Atomvertrag der westdeutschen Imperialisten mit Brasilien noch nicht gesprochen sei. Außerdem verhängten sie einen bereits seit sieben Monaten andauernden Lieferstopp für Natururan gegen die EWG und veranlaßten auch die kanadische Regierung, am 1. Januar die Lieferungen von angereichertem Uran an die EWG einzustellen. Gleichzeitig berichtete das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" über ein Geheimabkommen zwischen den amerikanischen Imperialisten, den sowjetischen Sozialimperialisten, den westdeutschen, französischen, britischen und kanadischen Imperialisten, in dem sie sich verpflichtet hätten, in der Zukunft auf den Export von Wiederaufbereitungsanlagen zu verzichten. Die westdeutschen Imperialisten bestreiten allerdings die Existenz eines solchen Abkommens heftig.

Der Kampf der Imperialisten untereinander um größte Marktanteile beim Verkauf von Atomkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen wird auf dem Rücken der Völker ausgetragen. Es ist kein Zufall, daß die Imperialisten Kernkraftwerke vor allem in solche Länder liefern, in denen reaktionäre faschistische Cliquen, Lakaien des Imperialismus an der Macht sind. Die faschistischen Regime in Brasilien und Argentinien, die israelischen Zionisten, das rassistische Vorster-Regime in Südafrika und das monarchofaschistische Regime in Spanien sind die Hauptabsatzgebiete der amerikanischen Monopole, während die russischen Sozialimperialisten ihre Kernkraftwerke unter anderem nach Kuba und Indien geliefert haben.

Diese Regime, die auf Gedeih und Verderb mit dem Imperialismus verbunden sind, garantieren den Monopolen besonders hohe Profite und sind bereit, alle möglichen knechtenden Verträge zu unterschreiben. Bei dem Kampf zwischen den Imperialisten auf diesem Gebiet geht es, mit welch wohlklingenden Phrasen dies auch vertuscht werden soll, in Wirklichkeit darum, wer sich die größten Anteile an der Ausplünderung der Völker sichert.

Offen gesagt . . .

Empörende Gerichtsurteile

Noch immer werden Kollegen aus dem Druckbereich vor Gericht gebracht. Warum? Weil sie während des Druckerstreiks vor rund einem Jahr entschlossen für ihre Rechte kämpften, weil sie nicht bereit waren, das Lohndiktat der Kapitalisten hinzunehmen, weil sie nicht bereit waren, die Streikbrecherdienste der Polizei zu dulden, weil sie militant gegen die brutal vorgehende Polizei sich zur Wehr setzten. "Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Körperverletzung", „schwere Körperverletzung" heißt es da.

Während diese Anklagen und Prozesse noch andauern, hat ein anderer Prozeß sein Ende gefunden, noch bevor er begonnen hatte: Die Strafanzeige gegen den Inhaber der Krefelder Klischeeanstalt, den Kapitalisten Kneppers.

Auch in Krefeld ging es um den Druckerstreik. Kneppers hatte mit verschiedensten Methoden versucht, in seiner Klischeeanstalt einen Streik zu verhindern — ja er hatte sogar jedem, der streiken würde, mit fristloser Entlassung gedroht.

Nehmen wir einmal an, einer der Arbeiter Kneppers hätte diese Drohung zum Anlaß genommen, auf den Chef mit dem Hammer loszugehen — was wäre geschehen? Die „Bild"-Zeitung hätte den Fall gewiß zur Schlagzeile gemacht. Doch damit nicht genug, wäre der Kollege vor die bürgerliche Klassenjustiz geschleppt und garantiert wegen versuchten Totschlags oder gar wegen Mordversuchs verurteilt worden.

Doch es war genau umgekehrt: Es war der Kapitalist Kneppers, der während des Druckerstreiks einen Werktätigen, der vor dem Betrieb Fotoaufnahmen machen wollte, mit einem Hammer in der Hand überfallen und zu Boden geschlagen hat. Ein Arbeiter, der zu Hilfe kommen wollte, wurde ebenfalls von Kneppers mit dem Hammer verletzt. Damals kam Polizei hinzu und nahm die ganze Sache zu Protokoll. Auch gab es viele Zeugen, die das verbrecherische Vorgehen des Kapitalisten Kneppers gegen die Werktätigen bestätigen konnten. Gegen Kneppers wurde Strafanzeige gestellt.

Doch was geschah? Nach ganzen zehn Monaten „Ermittlungsarbeit" teilte die Staatsanwaltschaft Krefeld jetzt mit, daß das Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung gegen Kneppers eingestellt worden sei. Ist diese Einstellung des Verfahrens schon eine Unverschämtheit, so ist die Einstellungsbegründung eine offene Provokation: Kneppers sei, behauptete die Staatsanwaltschaft kurzerhand, provoziert worden — und schließlich sei er ja nur „über das Maß des Erforderlichen hinausgegangen."

Wenn der Kapitalist Kneppers also zum Hammer greift und auf Werktätige einschlägt — dann ist das laut Gericht keine Körperverletzung. Aber wenn ein streikender Arbeiter sich dagegen zur Wehr setzt, daß er von knüppelnden Polizeitruppen im Dienst des Kapitals überfallen wird, dann ist das eben nicht nur „schwere Körperverletzung", sondern auch noch „Widerstand gegen die Staatsgewalt", „Landfriedensbruch" und „Hausfriedensbruch", dann ist das eben laut Gericht kriminell. Kann man eine bessere Erklärung als diese Gerichte dafür geben, was wir Kommunisten „bürgerliche Klassenjustiz" nennen?

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Aus der albanischen Zeitschrift "Bashkimi"

Der RGW-Instrument der neokolonialistischen Politik des sowjetischen Sozialimperialismus

„Um ihre Expansions- und Hegemoniepolitik durchzusetzen", hat Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA festgestellt, „haben Imperialismus, Sozialimperialismus und internationaler Kapitalismus eine ganze Reihe militärischer, politischer, wirtschaftlicher, kultureller und anderer Organisationen und Einrichtungen geschaffen, die heute die wichtigsten Waffen und Mittel für die Herrschaft über die Völker sind." Eine dieser Organisationen ist auch der RGW. Er ist das wichtigste Instrument der sowjetischen Sozialimperialisten zur wirtschaftlichen „Integration" der Satellitenländer in die russische Metropole.

Die Revisionistenclique im Kreml braucht den RGW, um die politische Herrschaft über die Satellitenländer und ihre militärische Besetzung zu vervollständigen, jede Spur politischer Unabhängigkeit dieser Länder auszulöschen. Ein gewisser russischer Akademiker, Pogolomow, hat in der sowjetischen Presse offen geschrieben: „Die wirtschaftliche Integration ist die Vorbedingung für die Verwirklichung der politischen Integration", d. h. für die Verwandlung der RGW-Länder in Republiken der Sowjetunion.

Um die wirtschaftliche „Integration" zu vollziehen und die anderen revisionistischen Länder in wirtschaftliche Anhängsel des sowjetischen sozialimperialistischen Staates zu verwandeln, handhaben die Sowjetrevisionisten das neokolonialistische Arsenal der alten imperialistischen Mächte schöpferisch und bereichern es.

Sie übernahmen die bekannte imperialistische Theorie über die „internationale Arbeitsteilung" und legten sie, nachdem sie das Wörtchen „sozialistisch" hinzugefügt hatten, der wirtschaftlichen „Integration" zugrunde. Und die von Moskau diktierte Arbeitsteilung begann ihren verheerenden Prozeß: Hemmung und Deformation der wirtschaftlichen Entwicklung einiger Länder, Verwandlung anderer in Agraranhängsel der Metropole und insgesamt Verwandlung der Wirtschaften der Satellitenländer in Rumpfgebiete, die nicht imstande sind, sich selbständig zu entwickeln. Unter der Maske der „internationalen Arbeitsteilung" legten die Sowjetrevisionisten die industrielle Entwicklung Bulgariens lahm und versetzten es in den Zustand einer Kolonie, die die Metropole mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Obst und Gemüse, zu versorgen hat. In den Jahren 1971-75 lieferten Bulgarien und Ungarn 4,1 Mio. Tonnen Gemüse, Frischobst, Wein usw. an die Sowjetunion.

Im Rahmen der „Integration" und der „internationalen Arbeitsteilung" haben die Sowjetrevisionisten diesen Ländern auf industriellem Gebiet eine Spezialisierung aufgezwungen, die bewirkt hat, daß z. B. die Tschechoslowakei und die DDR zu Zulieferbetrieben für verschiedene Industrien der Sowjetunion geworden sind.

Die Metropole trachtet in erster Linie danach, die Entwicklung der Schwerindustrie der Vasallenländer zu hemmen, ihre Industrieproduktion auf den sowjetischen Bedarf auszurichten, nur die Entwicklung der Industriezweige zuzulassen, die vollkommen von den sowjetischen Lieferungen an Roh- und Brennstoffen abhängig sind, und die Errichtung anderer Industrien, die die nationalen Naturvorkommen ausnutzen könnten, zu unterbinden. Bekanntlich ist diese Spezialisierung mittlerweile empfindlich im Fahrzeugbau der Tschechoslowakei und der DDR — letztere ist gezwungen, die Produktion einiger Fahrzeugtypen aufzugeben — sowie in der Traktorenindustrie Ungarns usw. zu spüren. Es ist ebenfalls bekannt, daß Ungarn um der Spezialisierung willen sein Bauxit nicht selbst verarbeiten darf, sondern in die Sowjetunion exportieren muß, um dann von ihr Aluminium zu beziehen. Zahlreiche Betriebe der Länder Osteuropas sind dazu verdammt, nur sowjetische Aufträge auszuführen.

Mit diesen durch die Spezialisierung verstümmelten Wirtschaften haben die sowjetischen Sozialimperialisten das Spinnennetz der sogenannten „sozialistischen Kooperation" gewoben und „internationale Organisationen" für jeden Wirtschaftssektor geschaffen. Diese Organisationen sind die revisionistische Abart der multinationalen Gesellschaften, allmächtige Truste, die ihren Sitz in Moskau haben und in allen RGW-Ländern über Tochterbetriebe verfügen. Durch diese Organisationen wollen die Sowjetrevisionisten einerseits die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit eines bestimmten Zweiges unter Kontrolle halten, damit sie ja entsprechend ihrem Diktat und ihren Interessen vor sich geht, und andererseits praktisch den Weg bahnen, um auch die gegenwärtige formale wirtschaftliche Eigenständigkeit der Satellitenländer aufzuheben.

Die neokolonialistischen Merkmale des RGW haben sich besonders in den letzten Jahren aufgrund der Verschärfung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die die gesamte kapitalistisch-revisionistische Welt erfaßt hat, in ihren häßlichsten Formen geäußert. Die kapitalistische sowjetische Wirtschaft ist bereits seit Jahren vom Krisenfieber geschüttelt. In einzelnen Wirtschaftszweigen ist der Rückgang der Zuwachsraten der Produktion Stagnation und Produktionsrückgang gewichen. Die Erschütterungen der Krise vertiefen sich noch mehr durch die zügellose Militarisierung, durch die gewaltige Verausgabung lebendiger und vergegenständlichter Arbeit zu Rüstungszwecken im Dienst der Aggressions- und Hegemoniepolitik der sowjetischen Sozialimperialisten, der verstärkten Rivalität der beiden Supermächte um Weltherrschaft.

Unter diesen Umständen intensiviert die imperialistische russische Bourgeoisie die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen im Land und versucht auf jede Weise, einen Teil der Krisenlast auf den Rücken der anderen Länder, vor allem der RGW-Länder abzuwälzen. Letztere sind einer systematischen Ausbeutung und beispiellosen Plünderung durch die Metropole ausgesetzt. „Die Sowjetunion", hat Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA gesagt, „hat ihre Verbündeten wirtschaftlich ins Elend gestürzt, hat ihnen Hände und Füße gebunden, zwingt ihnen Preise nach eigenem Gutdünken auf, bestimmt entsprechend ihren eigenen Interessen die Entwicklung der Wirtschaft ihrer Verbündeten, gibt ihnen den benötigten Rohstoff nur wenn und nur so viel sie will, gerade damit die Industrie in Gang gehalten wird, jedoch nichts für ihren Fortschritt übrigbleibt."

Diese neokolonialistische Politik wird eben durch den RGW durchgesetzt. In seinen zahllosen Sektionen werden unter dem Diktat Moskaus massenweise Abkommen über die „gemeinsamen Investitionen", die „gemeinsamen Betriebe" usw. zusammengezimmert. In den letzten Jahren haben die Sowjetrevisionisten durch die „gemeinsamen Investitionen" die Länder Osteuropas gezwungen, immer größere Geldmittel, technologische Anlagen und Arbeitskräfte zum Bau von Vorhaben in der Sowjetunion bereitzustellen. In den letzten 20 Jahren haben Polen, die DDR und die Tschechoslowakei in der Sowjetunion mit ihren kompletten Ausrüstungen 55 Zuckerfabriken errichtet. Für die Gasleitung von Orenburg zur Westgrenze der Sowjetunion sind 20.000 Arbeiter und Spezialisten aus fünf Ländern Osteuropas beschäftigt, und diese Länder müssen einen Tribut von 13 bis 16 Mrd. Mark entrichten. Der Appetit der Metropole wird aber immer größer. Für die nächsten fünf Jahre muß allein Ostdeutschland für den Bau von Vorhaben auf sowjetischem Gebiet 8 Mrd. Mark hinblättern.

Die schwerwiegenden Folgen dieser "Zusammenarbeit" lassen sich nicht vertuschen. In Polen und Ungarn geriet der Bau einer Reihe Werke ins Stocken, da die Mittel für Investitionen fehlen. In der Tschechoslowakei wurden laut offiziellen Angaben bis September vergangenen Jahres 10% der Projekte der für 1976 vorgesehen Kapitalinvestitionen nicht ausgeführt. Dadurch, daß Moskau die Vasallenländer zu einseitiger wirtschaftlicher Entwicklung gezwungen hat, die Belieferung mit Roh- und Brennstoffen zu einem Damoklesschwert über ihrem Kopf gemacht hat und über sie sein Diktat und seinen brutalen politischen und militärischen Druck ausübt, hat es seinen Verbündeten Hände und Füße gebunden, monopolisiert es den Außenhandel dieser Länder und holt aus dem ungleichen Handel mit ihnen große Vorteile heraus. Angaben der revisionistischen Presse zeigen, daß der bulgarische Außenhandel zur Hälfte mit der Sowjetunion abgewickelt wird. 71% des Exports und 85% des Imports der Mongolei gehören der russischen Metropole. 40% der Produktion der chemischen Industrie der Tschechoslowakei geht in die Sowjetunion, und 67,5% des Exports von tschechoslowakischen Konsumwaren wird in der Zeitspanne 1976 bis 1980 ebenfalls vom sozialimperialistischen Oberherren geschluckt werden. Dieses Bild des Außenhandels der Vasallenländer, der sie an die Metropole bindet, wird in Zukunft noch ausgeprägter werden. In der Zeitspanne 1955 bis 1975 beliefen sich ihre Verluste aus dem ungleichen Handel mit der Sowjetunion auf 19 Mrd. Dollar.

Die russischen Oberherren, die ihre Vasallen veranlaßt haben, auf die Entwicklung der nationalen Energie- und Rohstoffbasis zu verzichten, benutzen nun den Hahn zur Versorgung mit Erdöl und verschiedenen Mineralien als politisches Druckmittel und sacken gleichzeitig immer größere Profite ein, indem sie ihre Preise nach Belieben heraufsetzen. Im Jahr 1975 wurde der Preis für das sowjetische Erdöl, das an die RGW-Länder verkauft wurde, um 130% erhöht, für Erdgas um 60%, für Steinkohlenkoks um 90% usw. In den letzten beiden Jahren wurden weitere Preissteigerungen bei Erdöl durchgeführt, und allein dieses Jahr wird die Sowjetunion zusätzliche Profite in Höhe von 550 Mio. Rubel aus den Preissteigerungen herausholen. Die Sowjetunion verkauft den „Bruderländern" das Erdöl teurer als den westlichen Ländern. Es ist eine Tatsache, daß z. B. Westdeutschland jede Tonne sowjetisches Erdöl zu einem 56% niedrigeren Preis gekauft hat als Ungarn.

Der ungleiche Handel, das Aufzwingen der Preisschere durch Moskau hat die Außenhandelsbilanz der osteuropäischen Länder und der Mongolei sehr verschlechtert und ihre Defizite vergrößert. Der Passivsaldo in der Handelsbilanz der DDR mit der Sowjetunion beläuft sich auf 468 Mio. Dollar, der Bulgariens auf 179 Mio. Dollar, der der Tschechoslowakei auf 178 Mio. Dollar usw. Die brutale Ausbeutung durch die sowjetischen Sozialimperialisten, die die Folgen der Wirtschaftskrise vertieft, hat die Preissteigerungen und die Inflation in den revisionistischen Ländern beschleunigt. Die Inflation hat in Ungarn bereits 10% erreicht, in Polen 15% und in den anderen Ländern 4-10%.

Das Getöse, das in Moskau um die angeblich bei den Beziehungen innerhalb des RGW herrschende Harmonie veranstaltet wird, kann die Realität der sich verschärfenden Widersprüche zwischen dem Oberherren und seinen Vasallen nicht verschleiern. Die zentrifugalen Kräfte der revisionistischen Staaten Osteuropas werden täglich sichtbarer und aktiver, trotz des Diktats und des Drucks von Seiten Moskaus. Die revisionistischen Länder Osteuropas bemühen sich, die Beziehungen mit den USA und anderen Ländern des Westens auszubauen, von ihnen technologische Ausrüstungen und Kredite zu erhalten. Diese zentrifugalen Tendenzen werden noch vom US-Imperialismus ermutigt, der seinen Rivalen schwächen, die Satelliten Moskaus spalten und seinen Fuß in den revisionistischen Stall stellen möchte. Die sowjetischen Sozialimperialisten beschleunigen die Schritte, um ihren Traum von dem vollständigen Aufgehen der Wirtschaften der Satellitenländer in der sowjetischen Wirtschaft zu verwirklichen.

Doch die Kremlherren machen die Rechnung ohne den Wirt, wenn sie glauben, sie könnten mit Waffengewalt und Erpressungen, mit Betrug und Demagogie ihr versklavendes System verewigen und die anderen Völker unterjocht halten. "Die Fundamente des neuen russischen Reiches", schreibt die Zeitung „Bashkimi" abschließend, „sind bereits ausgehöhlt, und es wird unbedingt durch den Ausbruch des Hasses und der Empörung des Proletariats und der Völker, die unter dem Joch des Sozialimperialismus leiden, hinweggefegt werden."

Neue Paragraphen für die Unterdrückung der Werktätigen in der DDR

Auf ihrer letzten Tagung am 8. April beschloß die Volkskammer der DDR neue Gesetze, mit denen die Werktätigen der DDR künftig noch mehr politisch unterdrückt werden sollen. Unter dem Titel „Strafrechtsreform" wurden verschiedene Paragraphen des Strafgesetzes verschärft, die gerade erst 1974 ausgebaut und erweitert worden waren. Diese Paragraphen richten sich zum einen gegen den breiten Widerstand der Werktätigen gegen das sozialfaschistische Regime, zum anderen aber insbesondere gegen den organisierten revolutionären Kampf zum Sturz des Honecker-Regimes.

Nicht anders als die westdeutschen Imperialisten im Bundestag es bei ihren Gesetzen zur politischen Unterdrückung tun, bemühten sich auch die ostdeutschen Sozialfaschisten, den wahren Charakter ihrer „Strafrechtsreform" vor den Werktätigen zu vertuschen: Neben den Paragraphen zur Unterdrückung der Werktätigen wurden Paragraphen verabschiedet, die sich gegen Umweltverschmutzung richten. So war im „Neuen Deutschland", dem Zentralorgan der SED, nur die Rede vom „Entwurf des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes, das unter anderem ergänzende Regelungen im Zusammenhang mit dem Umweltschutz enthält" (Neues Deutschland, 5. 4. 77).

Tatsächlich aber umfaßt diese „Strafrechtsreform" folgende Verschärfungen:

— Mit Gefängnis bis zu zwei Jahren sollen bestraft werden „Beleidigungen von Personen, die staatliche oder gesellschaftliche Funktionen ausüben". Dies ist genau darauf zugeschnitten, die mit den immer schärferen Ausbeutungsmaßnahmen und steigender Akkordhetze zunehmende Empörung und den Widerstand der Arbeiter und anderer Werktätiger gegen Betriebsleitungen, Parteibonzen und Gewerkschaftsbonzen noch brutaler zu unterdrücken. Wer demnach die Machenschaften dieses oder jenes SED- oder FDGB-Bonzen entlarvt oder sich auch nur über diesen und jenen empört, kann nach diesem neuen Paragraphen bereits mit Gefängnis bestraft werden.

— Auch der Widerstand gegen das sozialfaschistische Regime soll künftig schärfer verfolgt werden. Zwar ist mit dem neuen Strafrechtsänderungsgesetz das Strafmaß nicht erhöht worden, dafür aber soll die Verfolgung ausgeweitet werden: War bisher von „Staatsverleumdung" die Rede, die verfolgt werden sollte, so heißt es jetzt: „öffentliche Herabwürdigung" des Staates, womit der Rahmen der Anwendung dieses Paragraphen wesentlich weiter gesteckt worden ist.

— Geändert worden ist auch der § 106. Er wurde insbesondere darauf zugeschnitten, jeden Zusammenschluß der Werktätigen gegen das Regime, vor allem aber jeden revolutionären Zusammenschluß mit schweren Strafen zu verfolgen. Das gilt natürlich insbesondere für die illegal arbeitende Sektion DDR der KPD/ML. Nach der Neufassung des § 106 kann künftig zu Gefängnis bis zu zehn Jahren verurteilt werden, „wer mit Organisationen, Einrichtungen, Gruppen und Personen zusammenwirkt, die einen Kampf gegen die DDR führen".

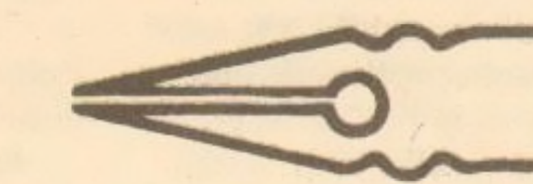
Auf der einen Seite zeigt diese Strafrechtsänderung das brutale Vorgehen des sozialfaschistischen Regimes. Bereits auf dem IX. Parteitag der SED hatten die Revisionisten festgelegt, daß die Verfolgung gegen die Werktätigen verschärft werden müsse, um die immer wildere Ausbeutung der Arbeiterklasse durchsetzen zu können. Generalstaatsanwalt Streit umschrieb das auf der Volkskammersitzung mit den Worten, daß die Gesetzesvorlage ein weiterer Schritt sei, „entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED das geltende Recht mit den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung zu bringen". Auch die SED-Revisionisten wissen nur allzu gut, daß sie mit ihren Lügen und sozialistischen Phrasen allein die Werktätigen nicht niederhalten können.

Doch auch ihre Gesetze werden die Ostberliner Sozialfaschisten letztlich nicht vor ihrem Sturz durch die werktätigen Massen retten können. Denn das ist die andere Seite, die dieses Strafrechtsänderungsgesetz enthüllt: Der Widerstand, der Kampf der Werktätigen gegen dieses sozialfaschistische Regime ist trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen nicht geringer geworden, sondern hat sich ständig weiter verstärkt. Und die Furcht der Honecker-Clique vor diesem Kampf der Werktätigen ist immer größer geworden, so daß sie sich gezwungen sehen, immer gröbere Geschütze aufzufahren. Aber wo die Unterdrückung wächst, da wächst auch der Widerstand. Dieses Gesetz der Geschichte wird sich auch in der DDR bewahrheiten. Mag dieses neue Gesetz vorübergehend das sozialfaschistische Regime in der DDR stützen helfen, es wird letztlich jedoch den Untergang der Honecker-Clique und ihres Ausbeuterregimes beschleunigen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Abfuhr für Regierungsmai

Liebe Genossen!

Seit einiger Zeit versuchen die Vertrauensleute bei uns im Betrieb, ihre 1. Mai-Plaketten loszuwerden. Bei mir in der Abteilung sind sie damit allerdings ganz schön auf den Bauch gefallen. Kein einziger Kollege hat das Ding gekauft. „Auch noch Geld dafür kassieren? Wo wir denen sowieso schon viel zuviel in den Hintern stecken an Beiträgen — und die machen ja doch damit, was sie wollen . . ." So reagierten viele. Und so wird es auch in anderen Abteilungen gewesen sein, denn man sieht außer einigen Funktionären kaum einen damit herumlaufen.

Ganz besonders aber stößt gerade das Motiv dieser Plakette auf Abscheu. Hierzu nur ein kleines Beispiel. Einige Kollegen einer anderen Abteilung, mit denen ich am Mittagstisch zusammensitze, hatten sich die Plakette aufschwatzen lassen. Wir diskutierten also, was das Motiv eigentlich bedeuten könnte (zwei zusammengedrehte Deutschlandfahnen — 1. Mai — DGB).

Ein Kollege meinte z. B.: „Das ist der Strick, mit dem die Gewerkschaftsbonzen mal erwürgt werden." Nachdem wir einige Zeit über die Rolle und die Zusammenarbeit des DGB mit dem kapitalistischen Staat diskutierten, brachte ein Kollege die absolut treffende Zusammenfassung: „Die Plakette bedeutet einfach die enge Verbindung zwischen DGB und Regierung." Und dann zog er die Konsequenz aus seiner neugewonnenen Erkenntnis, machte die Plakette ab und warf sie einem ebenfalls am Tisch sitzenden Vertrauensmann vor den Teller. Denn für sowas wollte er nicht weiter Reklame laufen.

Der Vertrauensmann guckte nicht schlecht und versuchte noch, das Motiv zu verteidigen. Er sagte, das solle doch nur die Einheit der deutschen Arbeiter darstellen. Aber offensichtlich hat das niemanden so recht überzeugt. Denn in den nächsten Tagen verschwanden nach und nach auch bei den anderen Kollegen die Plaketten. Heute sitzt nur noch dieser Vertrauensmann mit dem Ding am Tisch, während wir anderen uns angrinsen, wenn wir ihn sehen.

So wächst auch in solchen kleinen Dingen unsere Einheit im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat. Und außerdem zeigt diese kleine Begebenheit, daß unsere Agitation und Propaganda gegen den Gewerkschaftsapparat auf immer fruchtbareren Boden fällt.

Rot Front!

Ein Genosse aus einem Hamburger Metallbetrieb.

Kampf gegen den Versuch, Michael Weisfeld wieder zu entlassen

Liebe Genossen!

Die Parteizelle stützt sich weiterhin auf die Kollegen, um zu verhindern, daß der kommunistische Kollege M. Weisfeld durch den von Klöckner angestrengten Berufungsprozeß wieder entlassen wird. Auf der Vollversammlung der Vertrauensleute der Hütte wurde von einem Kollegen Michaels ein Antrag eingebracht. Darin wurde der Vertrauensleutekörper aufgefordert, eine Resolution zu verabschieden, in der der Entlassungsversuch verurteilt wird. Unter diesen Antrag hatten vorher 52 Kollegen ihre Unterschrift gesetzt, das ist von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen die gesamte Schicht Michaels am Hochofen. Nicht unterschrieben hat Michaels Vertrauensmann, ein Parteigänger des revisionistischen Betriebsrats. Er ist ja nur deshalb noch Vertrauensmann, weil Michael vor einem Jahr, kurz vor der Vertrauensleutewahl, zu der er auch kandidierte, mit Polizei aus dem Werk geschleppt wurde. Durch die Verweigerung der Unterschrift hat sich der Vertrauensmann noch weiter isoliert.

Der Vertrauensleutekörper stimmte über den Antrag der Kollegen vom Hochofen nicht ab. Es konnte nicht verhindert werden, daß er erst so spät zur Sprache kam, als rund die Hälfte der Vertrauensleute schon gegangen war. So konnte die revisionistische Clique im Betriebsrat und in der Leitung der Vertrauensleute noch mal den Kopf aus der Schlinge ziehen. Denn sie waren es ja, die nicht nur die Entlassung von M. Weisfeld betrieben hatten, sondern ihr auch offiziell zustimmten. Jetzt wären sie wieder in die Situation gekommen, sich offen gegen den erklärten Willen der Belegschaft stellen zu müssen oder sich mit einer scheinbaren Unterstützung für den Kollegen unglaubwürdig zu machen.

Rot Front! Parteizelle Klöckner.

„Aus gegebener Veranlassung . . ."

Ich arbeite bei Felten&Guilleaume (F&G) in Nordenham. Vor kurzem hat man unseren Kollegen und Roten Betriebsrat Gerd Coldewey, der vor ca. zwei Jahren von 28% aller Kollegen gewählt worden war, fristlos entlassen. Er erhielt Werksverbot und wurde von Werkschutz und Polizei aus dem Betrieb geholt. Unter den Kollegen herrschte große Empörung.

Vor einigen Tagen erschien nun ein Anschlag der Geschäftsleitung am Schwarzen Brett: „Aus gegebener Veranlassung bitten wir alle Werksangehörigen zu überprüfen, ob sie einen gültigen Werksausweis besitzen. Falls der Werksausweis verlorengegangen ist, bitten wir um Meldung im Personalbüro zwecks Ausstellung eines gültigen Ausweises. Wir bitten alle Werksangehörigen, diesen Werksausweis auf Wunsch des diensthabenden Pförtners vorzuzeigen. Wir haben in der letzten Zeit mehrere Pförtner in den Ruhestand gehen lassen können und dafür neue Pförtner eingestellt. Machen Sie bitte diesen neuen Kollegen die Arbeit leichter. Sie können unmöglich alle Mitarbeiter des Werks kennen. Zeigen Sie bereitwillig ihre Legitimation."

Daß die pensionierten Pförtner nicht der wahre Grund für diese Bekanntmachung der Geschäftsleitung waren, war natürlich leicht zu durchschauen und viele Kollegen spürten es am eigenen Leib. Wenn sie morgens zur Arbeit kamen, wurden sie am scharf, teilweise mit Schäferhunden bewachten Tor angehalten, Gesichtskontrollen gemacht und der Werksausweis verlangt, was noch vor einigen Wochen nicht vorgekommen wäre. Viele Kollegen reagierten mit Empörung und zeigten nur unwillig oder gar nicht ihren Werksausweis.

Die „gegebene Veranlassung", von der sie hier reden, ist die fristlose, illegale Entlassung unseres Roten Betriebsrates Gerd, der trotz verschärfter Kontrollen am Tag nach seiner Entlassung ins Werk gelangte, um mit seinen Kollegen zu reden, und den sie sich mit allen Mitteln vom Halse halten wollen. Schon jetzt zeigen sie ihre Angst allein vor einem einzelnen Kommunisten und daß es darum geht, auch alle anderen Kollegen einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten. Doch sehr lange werden ihnen ihre Machenschaften nicht mehr gelingen, daß werden wir ihnen zeigen und es zeigt sich immer mehr: Die Mehrheit der Kollegen steht auf unserer Seite.

Rot Front!

Ein Genosse aus Nordenham.

Thyssen-Hüttenwerke in Oberhausen

3000 Kollegen von Entlassung bedroht

Über 3.000 Belegschaftsmitglieder der Oberhausener Thyssen-Hüttenwerke (TNO) demonstrierten am Freitag letzter Woche gegen die geplante Stillegung des SM-Stahlwerkes und der mit ihm verbundenen Brammenstraße. Durch diese Stillegung würden nahezu 3.000 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenrate in Oberhausen weit über dem Durchschnitt. Unter den Kollegen herrscht große Empörung. Auf der Demonstration wurden rote Fahnen mitgetragen.

Nachdem die Hüttenarbeiter schon seit Wochen Aufklärung über die Pläne der Konzernherren von Thyssen gefordert hatten, wurde vor kurzem nach einem „Spitzengespräch" zwischen dem Vorstandsvorsitzenden des Thyssen-Konzerns Dr. Spethmann und IGM-Boß Loderer die Katze aus dem Sack gelassen. Als Vorwand benutzen die Thyssen-Kapitalisten zynisch ein Urteil des Verwaltungsgerichts, das ihnen zur Auflage macht, das SM-Stahlwerk bis zum 31. Dezember 1979 mit Entstaubungsanlagen zu versehen. Das ist eine Lüge, die davon ablenken soll, daß Thyssen die skrupellose Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen deshalb betreibt, weil sie den Konzern durchrationalisieren wollen, um ihre Profite hochzutreiben. Bis vor fünf Jahren gehörte TNO zur Hüttenwerke Oberhausen AG (HOAG). Seit es im Jahr 1969 von Thyssen gekauft wurde, wurden fast 30 Betriebe, Betriebsanlagen oder Aggregate stillgelegt.

4.500 Kollegen raubten sie den Arbeitsplatz. Bei der Übernahme 1969 hatten die Thyssen-Bosse noch scheinheilig erklärt: „Keine Stillegungen." Knapp zwei Jahre später, 1971, waren schon stillgelegt: Sinteranlage, Gasreinigung, Sauerstoffanlage, Möllerung, Grobblech, Mittelblech, Knüppelstraße usw. Und weitere Stillegungen sollten durchgezogen werden, die für mindestens 800 Kollegen Entlassung oder Umsetzung bedeutet hätte. Da kam es zu Streiks und Demonstrationen. Der Kampf der Arbeiter zwang die Thyssen-Bosse, ihre Pläne zunächst auf Eis zu legen. Sie gaben eine „Garantieerklärung" darüber ab, daß die Stahlbasis des Oberhausener Hüttenwerkes nicht angetastet würde.

Jetzt zeigt sich wieder einmal, was Versprechungen der Kapitalisten wert sind. Genau wie 1971 müssen deshalb die Kollegen von TNO durch ihren Kampf Spethmann und Co. in die Enge treiben, um die Stillegung zu verhindern. Lügen waren es auch, als die Thyssen-Herren die nun schon seit zwei Jahren andauernde Kurzarbeit damit rechtfertigten, dadurch könnten Entlassungen vermieden werden. Seit zwei Jahren müssen die Kollegen mit enormen Lohneinbußen zurechtkommen. Es wurde festgestellt, daß das Einkommen vieler Kollegen, vor allem von Familienvätern, die hohe Mieten zahlen müssen, unter dem amtlichen Existenzminimum liegt! Die Betriebsgruppe der CDU forderte die Arbeiter auf, beim Sozialamt Unterstützung zu beantragen; das sei „keine Bettelei, sondern ein Rechtsanspruch".

Betteln, verhandeln, um diese oder jene „Verbesserung" oder „annehmbare Variante" des Stillegungsprojektes feilschen — das ist der „Ausweg", den die Arbeiterverräter der verschiedenen Schattierungen anzubieten haben. So auch Betriebsratsvorsitzender Mösle, gleichzeitig 2. Bevollmächtigter der IGM in Oberhausen. Er gibt sich „radikal", um sich das Vertrauen der Arbeiter zu erschleichen. Aber gleichzeitig erklärt er, „außer über die ersatzlose Stillegung" könne man über alle anderen „Varianten" reden. Mit anderen Worten: Mösle plädiert für „eine Lösung", die eher die Chance hat, nicht auf geballte Empörung und heftigen Widerstand der Kollegen zu stoßen, obwohl sie im Endeffekt auf das gleiche hinausliefe. So versucht er den Kampf zu verhindern. Mösle und Konsorten (z. B. die D„K"P-Revisionisten) versuchen gleichzeitig zu erreichen, daß die Arbeiter sich auf die Spielregeln der Kapitalisten festlegen lassen, wie sie im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschrieben sind: Verhandeln, vertrauensvoll zusammenarbeiten, den Betriebsfrieden einhalten usw. Mit einem Wort: Dieser Agent der Thyssen-Kapitalisten will die Kollegen davon abhalten, durch ihren revolutionären Kampf, durch militanten Streik gegen die Stillegung vorzugehen, dem einzigen Weg, der Aussicht auf Erfolg bietet. Aber noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Die TNO-Kollegen sind voller Empörung über die skrupellosen Angriffe der Thyssen-Kapitalisten; das zeigte die Demonstration. Sie wollen kämpfen. „Wir kommen wieder!" riefen sie den Thyssen-Bossen im Werksgasthaus zu, als die Demonstration beendet wurde. Sie werden wiederkommen. Aber sie müssen ihren Kampf in die eigenen Hände nehmen und Verrätern wie Mösle eine Abfuhr erteilen. Dann wird es sich zeigen, daß die Thyssen-Kapitalisten ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht haben.

Gewerkschaftsbonzen an der Seite der Klassenjustiz

Gegen 36 Reutlinger Streikposten hatte die bürgerliche Justiz ein Strafverfahren eingeleitet. Der Grund: Sie hatten im letzten Jahr während des Druckerstreiks die Auslieferung einer Notausgabe des Reutlinger Generalanzeigers behindert. Gegen diesen unverschämten Angriff schlossen sich die Kollegen zusammen und forderten völlig zu Recht eine bedingungslose Einstellung des Verfahrens.

Diese Forderung wurde nicht nur von der Klassenjustiz, sondern auch von den Bonzen der IG Druck und Papier mit den Füßen getreten. Hinter dem Rücken der Kollegen handelten sie einen „Kompromiß" mit den Gerichten aus, nach dem die Arbeiter sich nicht nur für schuldig erklären, sondern sich auch noch von ihrem eigenen Streik distanzieren müssen.

Dieser üble Verrat an dem Kampf der Reutlinger Druckerei-Arbeiter ist eine Fortsetzung der Sabotage, des aktiven Streikbrechertums, mit dem der DruPa-Apparat den kämpfenden Kollegen im letzten Mai in den Rücken gefallen ist. Das zeigt ein Blick auf die Ereignisse während der Streiktage.

Am Abend des 6. Mai ziehen Streikposten vor den Toren des Reutlinger Generalanzeigers auf. Die Kollegen haben erfahren, daß in der Nacht eine Notausgabe der Zeitung herausgebracht werden soll. Sofort tauchen überall Polizisten auf, Zivilstreifen und Uniformierte. Sie versuchen die Arbeiter zum Abbruch des Kampfes zu überreden. Allerdings vergeblich! Daraufhin zieht sich die sogenannte „Streikleitung", die aus DruPa-Bonzen besteht, mit den Polizei-Offizieren zur Beratung ins Gewerkschaftshaus zurück. In Anwesenheit der Bullen rufen sie bei der DruPa-Zentrale in Stuttgart an und von dort kommt prompt das Kommando: „Streikposten nach Hause schicken."

Als die Bonzen diesen Befehl durchsetzen wollen, ernten sie allerdings nur Hohn. Die Streikposten bleiben auf ihren Plätzen, der Kampf wird fortgesetzt. Die Polizeitruppen, verstärkt aus anderen Städten, beginnen mit einer brutalen „Räumung". Mehrere Kollegen werden verletzt, über 40 von ihnen ins Untersuchungsgefängnis geschleppt und dort erkennungsdienstlich behandelt. Die Mitglieder der „Streikleitung", Schwiedel und Dietrich, beide Betriebsratsbonzen beim Generalanzeiger, unterstützten bereitwillig die Polizei beim Zusammenzimmern von Anzeigen gegen die Arbeiter. Dietrich behauptete in seiner Aussage sogar, „daß Betriebsangehörige und DGB-Organisierte dieser Aufforderung (die Streikposten abzubauen) nachkamen. Die Personen, die sitzenblieben, waren mir unbekannt."

Damit lieferten die Bonzen der Klassenjustiz das Stichwort. Indem sie die Tatsache ausnutzen, daß unter den Streikposten vorm Generalanzeiger auch Kollegen anderer Betriebe und Studenten waren, die den Streikkampf solidarisch unterstützten, versuchten sie die Streikposten von der übrigen Belegschaft zu isolieren und als „betriebsfremde Randalierer" abzustempeln. Dieses plumpe Spaltungsmanöver ging allerdings völlig daneben. Die Solidarität wuchs weit über Reutlingen hinaus, und die örtlichen Organe der Bourgeoisie sahen, daß sie sich in eine Zwickmühle hineinmanövriert hatten. Sie mußten 36 Streikposten den Prozeß machen, hinter denen Tausende Arbeiter standen.

In dieser Situation schalteten sich die „höheren Stellen" ein. Ohne die betroffenen Kollegen davon zu informieren, begann der DruPa-Vorstand mit den Richtern und schließlich sogar mit dem Justizminister in Stuttgart zu verhandeln. Das Ziel dieser Mauscheleien war, die ganze Sache zu vertuschen, um so der Solidaritätsfront mit den Streikposten das Wasser abzugraben. Postwendend wurden die 36 vom DruPa-Vorstand unter Druck gesetzt: Mit der Drohung, ihnen den Rechtsschutz zu entziehen, wurde ihnen verboten, auf einer Demonstration in Reutlingen zu sprechen, mußten sie den Vertrieb ihrer Dokumentation über den Streik einstellen. Schließlich legte ihnen die Rechtsabteilung der DruPa einen Schrieb vor, in dem sie erklären sollten, sie hätten nicht gewußt, durch ihren Sitzstreik vor den Toren des Generalanzeigers „eine schuldhafte Nötigungshandlung zu begehen".

Als die Kollegen dieses Schuldgeständnis empört zurückwiesen, legte der DruPa-Apparat ihnen eine andere Fassung vor, in der es heißt: „Ich habe angenommen, der Sitzstreik sei ein adäquates Mittel zur Aussperrung durch den Arbeitgeberverband der Druckindustrie." Mit der Unterschrift unter diese Erklärung und einer Geldbuße von 150 DM an die Stiftung Mitbestimmung wurden die Verfahren eingestellt.

Diese Vorfälle zeigen, daß die reaktionären Gewerkschaftsbonzen jederzeit bereit sind, zusammen mit Polizei und Klassenjustiz kämpferische Arbeiter zu verfolgen und zu bestrafen. Auf der anderen Seite haben sie panische Angst vor dem revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse. Mit diesen Verrätern kann es keine Einheit geben, wenn man sich mit ihnen einläßt, und sei es auch nur zeitweilig, wird man niemals Erfolge im Kampf erringen können.

Nieder mit dem Regierungsmai

Fortsetzung von Seite 1

men beseitigt werden, ist dies ein bewußter Betrug. Die DGB-Bonzen sitzen selbst „an den Schaltstellen in Politik und Wirtschaft". Sie wissen sehr gut, daß, wer das kapitalistische System, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhende Gesellschaftsordnung verteidigt, sich auch zum Verteidiger von Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen macht.

Ohne diese sogenannte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" zu stürzen, kann man auch den „Arbeitslosensockel" nicht beseitigen. Die Arbeiterklasse daran zu hindern, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihres ganzen Elends zu erkennen und sie auszurotten durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, das ist das grundlegende Programm des DGB und aller Verräter am Kampf der Arbeiterklasse. Genau diesem Zweck dienen auch die „reformpolitischen" Parolen und Forderungen im Maiaufruf des DGB. So heißt es da: „Was wir brauchen, ist eine Politik, die Vollbeschäftigung herbeiführt und sichert, aber nicht neue Verteilungsungerechtigkeiten schafft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat immer eine am Wettbewerb orientierte Wirtschaftsordnung vertreten, aber auch immer auf die Sozialverpflichtung des Eigentums hingewiesen. Diese soziale Verpflichtung des Eigentums ist aber in unserer Wirtschaft zu kurz gekommen." Im Klartext: Der DGB verteidigt eine Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln (Fabriken, Bergwerke, Grund und Boden usw.) beruht, also auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (natürlich garniert mit sozialen Phrasen über die „soziale Verpflichtung des Eigentums").

Goldregen für die Kapitalisten

Wie sieht denn die vom DGB geforderte „Politik, die Vollbeschäftigung herbeiführt" aus? „... ein 20 Milliarden-Investitionsprogramm für die nächsten vier Jahre" — das ist die Hauptforderung in dem Maiaufruf. Wollen die Bonzen etwa im Ernst behaupten, durch Investitionsprogramme der Regierung könnte die Arbeitslosigkeit eingeschränkt werden? Inzwischen pfeifen es doch sogar die Spatzen von den Dächern, daß alle bisherigen Investitionsprogramme nur Sand in die Augen der Werktätigen streuen sollten, während sie ein goldener Regen für die Kapitalisten waren. Abgesehen davon, daß so der Staat dazu beiträgt, daß sich der Gegensatz zwischen dem ungeheuren Reichtum einer Handvoll Großkapitalisten und der Armut und Verelendung des arbeitenden Volkes noch schneller zuspitzt, benutzen die Kapitalisten doch diese durch eine räuberische Steuerpolitik aus den Taschen der Werktätigen gestohlenen Milliarden zur weiteren Rationalisierung, sprich Arbeitsplatzvernichtung. Mit weniger Arbeitern gleich viel oder mehr zu produzieren und so den Profit hochzutreiben, das ist und bleibt das Motto der kapitalistischen Investitionstätigkeit. Darüber kann auch das Geschwätz von „Erfolgskontrolle und Durchforstung der Subventionen" (Zusatzforderung im DGB-Maiaufruf) nicht hinwegtäuschen.

Durch revolutionäre Kämpfe Stillegungen verhindern!

Aber ist es denn überhaupt eine realistische Möglichkeit, Stillegungen und Massenentlassungen durch Kämpfe im Betrieb und auf der Straße zu verhindern? Lassen sich die Kapitalisten durch Streiks denn beeindrucken, wenn sie sowieso stillegen wollen? Werden sie, da es um ihren Profit, um ihr Kapital geht, nicht mit allen Mitteln versuchen, ihre Pläne durchzusetzen?

Nehmen wir zum Beispiel den Kampf der Kollegen bei Enka Glanzstoff, dem holländischen Chemiefaserkonzern, der auch in Wuppertal ein Zweigwerk besitzt. Es war im Sommer 1972. Der Betrieb in Wuppertal wie auch Betriebe in Holland sollten dichtgemacht werden. Da streikten zuerst geschlossen die Kollegen in Holland. Die Belegschaft in Wuppertal schloß sich an. Dieser machtvolle Kampf zwang die Konzernherren, ihre Pläne rückgängig zu machen.

Kein Zweifel: Leicht wird es auf keinen Fall sein, solche Kämpfe erfolgreich durchzustehen. Heute, wo die Krise und die Widersprüche des Kapitalismus erheblich schärfer geworden sind, wird auch der Widerstand der Kapitalisten sicherlich noch härter sein. Aber gleichzeitig fürchten sie jeden Kampf der Arbeiter noch mehr, weil er die Kraft und den Zusammenschluß der Arbeiter fördert. Der DGB-Apparat wird mit allen Tricks versuchen, zu spalten, abzuwiegeln und den Kampfwillen zu zersetzen. Möglicherweise wird man nur den Sieg erringen können, wenn man den Betrieb besetzt. In dem Moment, wo wir Arbeiter und kleinen Angestellten unsere Interessen kompromißlos verteidigen, wird auf jeden Fall auch der Staatsapparat gegen uns auftreten. Polizei wird versuchen, die Streikfront zusammenzuknüppeln wie es z. B. 1973 bei Ford in Köln, bei Hella in Lippstadt oder bei Pierburg in Neuss geschah. Man wird mit Aussperrung, Hetze, Verleumdungskampagnen versuchen uns weichzubekommen. Man wird Strafverfahren wegen „Landfriedensbruch", „Widerstand gegen die Staatsgewalt" oder ähnlichem gegen Kollegen einleiten, um sie vor Gericht zu zerren und zu verurteilen, wie es z. B. bei dem „wilden" Streik der türkischen Kollegen von Dynamit Nobel in Nürnberg im vergangenen Jahr geschah. Aber alles das wird ihnen nichts nützen, wenn wir konsequent und mutig zusammenhalten und solange wir uns nicht beirren lassen, unversöhnlich und kompromißlos gegen die Kapitalisten, ihren Staatsapparat und ihre Gesetze zu kämpfen.



Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten

„Das schaffen wir nie", werden manche Kollegen hier einwenden. Wir sagen demgegenüber: Doch, Kollegen, wir können solche Kämpfe führen. Gerade wenn unsere Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, was haben wir dann denn noch zu verlieren?! Kollegen, die jahre- und jahrzehntelang in einem Betrieb sich abgearbeitet haben, die ihre Gesundheit für den Profit des Kapitalisten ruinieren mußten und nun einfach auf die Straße gesetzt werden, haben einen großen Haß auf die Kapitalisten. Vor diesem Klassenhaß der Arbeiter und kleinen Angestellten haben die Kapitalisten Angst. Unser Haß und unsere Solidarität, das wissen die Herren, ist gefährlich für sie und ihre Ausbeuterordnung.

Andererseits haben wir im Grunde keinen anderen Ausweg als den revolutionären Klassenkampf. Selbst wenn Du vorerst noch nicht entlassen wirst oder noch einmal das Glück hast, eine neue Stelle zu finden — wer garantiert Dir denn, daß es Dir nicht in einem halben Jahr genauso ergeht wie dem Kollegen, der sich in das Millionenheer der Arbeitslosen einreihen mußte? Die Wirtschaftskrise wird nicht zu Ende gehen, sie wird sich auf die Dauer noch weit mehr verschärfen. Schon jetzt stehen in den bürgerlichen Zeitungen Prognosen von einem „Überhang von Millionen zusätzlichen Arbeitskräften" bis 1980. Auch diejenigen Arbeiter und kleinen Angestellten, die nicht in das Arbeitslosenheer geschleudert werden, unterliegen einer zunehmend brutaleren Ausbeutung. Ist es nicht eigentlich schon fast unerträglich, daß zunehmend häufiger Kollegen in den Fabriken infolge wilder Arbeitshetze und unzulänglicher Sicherheitsvorkehrungen das Opfer von Arbeitsunfällen werden, daß sie oft ihre Gesundheit, ihre heilen Glieder einbüßen, daß immer öfter Kollegen auf schreckliche Weise verstümmelt, zerquetscht oder verbrannt werden und sterben, nur damit die Profithaie noch mehr aus uns herausholen können?!

Genau gesehen sind wir Sklaven in diesem Ausbeutersystem, müssen unsere Haut an die Unternehmer verkaufen und verbringen die Arbeitszeit in den Fabrikhallen und Büros wie in einem Gefängnis, wo man froh ist, wenn man abends herausgelassen wird. Was hat der Proletarier zu verlieren? Im Grunde nichts als seine Ketten! Deshalb müssen wir kämpfen, müssen wir uns gegen die Angriffe der Kapitalisten, gegen Stillegungen und Massenentlassungen unversöhnlich und entschlossen wehren. Tun wir das nicht, werden sie uns noch hemmungsloser ausbeuten und unterdrücken. Und wir müssen uns darüber hinaus zum Kampf für den Sturz dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung erheben, zum Kampf für unsere Befreiung vom Joch der Lohnsklaverei durch die sozialistische Revolution, damit wir eine neue Welt aufbauen können, die frei ist von Arbeitslosigkeit, Elend und von Angst um unsere wirtschaftliche Existenzgrundlagen. Eine Welt, wie sie unsere Klassenbrüder im einzig wahrhaft sozialistischen Land Europas, in Albanien, schon errichten.

Heraus zum Roten 1. Mai

Die KPD/ML hat dem reaktionären Regierungsmai des DGB den Roten 1. Mai des Proletariats und aller Werktätigen entgegengesetzt. Der Rote 1. Mai der Arbeiterklasse unter Führung unserer kommunistischen Kampfpartei dient dazu, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu stärken und die Voraussetzungen zu verbessern, um künftig den Widerstand gegen Stillegungen und Entlassungen, gegen Lohnraub und Arbeitshetze verstärken zu können und um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen für den Kampf für die Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die bremischen Häfen

Verbrecherische Methoden der Hafenkapitalisten beim Umschlag von gefährlichen Gütern

Über die Skrupellosigkeit der Hafenkapitalisten berichtet die Aprilnummer des „Anstorm". Vor kurzem war es im Überseehafen beim Stauen einem Kollegen übel geworden, nachdem ein Faß beschädigt worden war. Es mußte trotzdem weitergearbeitet werden. Als Kollegen angesichts der Gefahr die Polizei alarmierten, wurde die Arbeit gestoppt und die Betriebsleitung kam nicht mehr darum herum, das Ausgeleckte untersuchen zu lassen. Es stellte sich heraus, daß das Zeug gefährlich war und daß es zu einer Explosion hätte kommen können, wenn es bis zum nächsten Hafen in der Luke geblieben wäre. Weiter schreibt der „Anstorm" dann zu dem Fall:

In den darauffolgenden Tagen macht die Betriebsleitung dem Lukenviz die Hölle heiß! Der Grund: Er hat als Lukenviz nicht richtig funktioniert und dadurch ging den Hafenherren ein gutes Stück Profit durch die Lappen. Denn das oberste Gebot bei Unfällen mit gefährlichen Gütern im Hafen ist: Die Arbeit darf um keinen Preis gestoppt werden.

Im Normalfall sieht das so aus: Der Lukenviz gibt dem Dampfervormann Bescheid. Der Dampfervormann teilt dann fix die Arbeiter neu ein: Die losen Arbeiter kommen raus aus der Giftluke. Sie sind nicht „sicher", denn sie weigern sich oft, weiter zu arbeiten. Dafür müssen die festen Arbeiter rein in die Luke. Weigern sie sich auch, so wird ihnen mit Entlassung gedroht. Unter Druck machen sie die Drecksarbeit: Raus mit dem kaputten Faß, rauf auf die Palette und ab damit zur BLG, wo es in Absprache mit dem Vormann von Land irgendwo verschwindet. Das geht alles schnell. Da wird nichts untersucht. Über das Ausgeleckte wird Sägemehl gekippt. Und wichtig ist noch: Niemand hat was gesehen.

Welche gesundheitlichen Schäden dadurch die Hafenarbeiter erleiden, was den Matrosen blüht, die auf See mit dem giftigen, explosiven Sägemehlgemisch fertig werden müssen, das schert die Hafenkapitalisten einen Dreck. Reden diese Herren von „Sicherheit", dann meinen sie nur eins: Sicherheit für ihren Profit.

Nationale Seefrachtordnung und Sägemehl

Als die Stauer und Gabelstapler am 10. Januar auf der „Burgenstein" in Luke II arbeiteten, da wußten sie nicht, daß das gelbliche Pulver, das aus einigen undichten Fässern herausrieselte, Natriumperoxyd war und vor allem wußten sie nicht, welche Eigenschaften dieses Zeug hat.

Die nationale Seefrachtordnung SFO bestimmt ausdrücklich, daß die Arbeiter über Natriumperoxyd nicht informiert werden müssen. Also wandten sie die übliche Methode an: Über das bißchen ausgestreutes Pulver kam Sägemehl. Außerdem hatten sie, üblicherweise, um die 80 Fässer Natriumperoxyd herum eine Plastikplane ausgebreitet. Als jetzt, was ebenfalls oft vorkommt, das Rad eines Gabelstablers durchdrehte, entzündete sich durch die bloße Reibungswärme das gelbliche Pulver in Verbindung mit der Plastikplane, und rasend schnell — wie entlang einer Zündschnur — stand die Plane in Flammen. Außerdem wurde das gelbliche Pulver in Verbindung mit den Sägespänen aktiv und die erste gewaltige Explosion erfolgte. Für drei Kollegen gab es keine Rettung mehr. Sie starben im Inferno für den Profit der Kapitalisten. Denn laut SFO, dieser verbrecherischen Kapitalistenordnung, ist es zu aufwendig, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß Natriumperoxyd in Verbindung mit organischen Stoffen explodiert, daß Natriumperoxyd die Entzündungstemperatur von brennbaren Stoffen extrem weit herabsetzt. — Aber fast jeder Frachter, der aus unseren Häfen ausläuft, hat Natriumperoxyd geladen.

Hafenfeuerwehr — ein Feigenblatt

Oder wie soll man eine Feuerwehr bezeichnen, die im Ernstfall am 10. Januar in Bremerhaven nicht genug Löschschaum hatte für eine einzige Ladung Natriumperoxyd. Nicht nur aus Bremen, bis von Hamburg her mußte tonnenweise Löschschaum herangeschafft werden. Ist eine Hafenfeuerwehr denn etwas anderes als grobe Täuschung gegenüber den Arbeitern und der Bevölkerung der Stadt, wenn sie nicht einmal in der Lage ist, Blausäure festzustellen, weil sie die dafür erforderlichen Teströhrchen nicht besitzt, weil die zwischen 2.500 und 5.000 DM kosten.

Die Ausrüstung der Hafenfeuerwehr ist aber nicht nur äußerst mangelhaft, sie kommt darüberhinaus nicht schnell genug zum Einsatz. Bevor die Feuerwehrleute bei einem Chemieunfall eingreifen können, müssen sie erst lang und umständlich Lagepläne studieren und in Handbüchern nachschlagen, mit welchen Stoffen sie es zu tun haben. Denn die Vertuschungspraxis der Hafenkapitalisten und Reeder ist perfekt. Niemand weiß wann, wo und welche gefährlichen Güter in den Hafen kommen.

Eine EDV-Anlage, die alle gefährlichen Güter, die im Hafen lagern, lückenlos erfassen könnte, ist aber nicht nur zu teuer, sie würde unter Umständen die dunklen Geschäfte der Hafenkapitalisten etwas aufhellen, und schon von daher wäre sie nicht profitabel. „Es ist gut, wenn niemand weiß, daß ich Waffenhändler heiß."

Während Millionen und Abermillionen DM von den Hafenkapitalisten und ihrem Staat verschleudert werden, um immer riesigere Kaianlagen zu bauen, sind für den minimalsten Schutz von Arbeitern und Bevölkerung beider Hafenstädte schon ein paar tausend Mark zuviel. Das ist die Logik der erbarmungslosen kapitalistischen Profitsucht. Unter solchen Bedingungen kann es täglich, stündlich zu einer großen Katastrophe kommen. Unseren feinen Herren Ausbeutern in ihren abseits im Grünen gelegenen Villen wird dann allenfalls ein brenzliger Geruch in die Nase steigen, wir Arbeiter dagegen, die wir in Pusdorf, Walle und Gröpelingen gleich neben dem Pulverfaß wohnen, werden das „vorbildliche Sicherheitssystem" dann voll auszubaden haben. Solange die Kapitalistenherrschaft dauert, solange wird sich an dieser ständigen Gefährdung nichts ändern. Deshalb kämpft mit der KPD/ML für den gewaltsamen Sturz der Kapitalistenherrschaft hier wie drüben in der DDR.

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Es lebe der proletarische Internationalismus

Grossveranstaltungen in Lissabon und Rom

Am 17. April hat in Lissabon aus Anlaß des II. Parteitages der PCP(R) eine große internationalistische Veranstaltung stattgefunden. Auf der Veranstaltung sprachen auch die Vertreter verschiedener marxistisch-leninistischer Parteien aus Europa und Lateinamerika. Die Grußadresse des ZK der Partei der Arbeit Albaniens wurde von einer Delegation des ZK der Partei der Arbeit Albaniens überbracht. Die Grußadresse unserer Partei hielt Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML. Ebenfalls am 17. April hat in Rom aus Anlaß des Todestages Antonio Gramscis eine große internationalistische Veranstaltung gegen Faschismus und Imperialismus stattgefunden. An der Veranstaltung nahm ebenfalls eine Delegation der Partei der Arbeit Albaniens teil. Wir drucken im folgenden die Grußadressen unserer Partei an die Veranstaltungen in Lissabon und Rom ab.

Grußadresse an den II. Parteitag der PCP(R)

Liebe Genossen, im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, ihres Zentralkomitees, im Namen der revolutionären deutschen Arbeiter und Werktätigen, sowohl Ost- als auch Westdeutschlands, der DDR wie der DBR, überbringe ich allen Genossen Eurer Partei, der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut), ihrem Zentralkomitee anläßlich Eures II. Parteitages die herzlichsten, brüderlichen, revolutionären Kampfesgrüße. Heiße kämpferische Grüße auch allen anwesenden Vertretern der marxistisch-leninistischen Bruderparteien.

Mit großer Freude und brüderlicher Verbundenheit hat es die KPD/ML begrüßt, als nach 12 Jahren des Kampfes gegen den modernen Revisionismus im Dezember 1975 die Kommunistische Partei Portugals wiederaufgebaut wurde. Die Gründung Eurer Partei, die Organisierung aller wirklichen Marxisten-Leninisten in der PCP (R), die Entlarvung des Verrats der modernen Revisionisten eines Cunhals, der Trotzkisten und Opportunisten, wie die des berüchtigten Agentprovokateurs Vilar sind nicht nur ein bedeutender Erfolg für die portugiesische Arbeiterklasse, sondern auch ein Sieg der Weltrevolution. Seitdem hat die PCP (R) den auf ihrem Gründungsparteitag bestimmten Weg des Kampfes für die volksdemokratische Revolution, den Sozialismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats konsequent verfolgt. In den vergangenen 15 Monaten ihres Bestehens hat sich Eure Partei gestärkt und gefestigt, nahm sie entschlossen an revolutionären politischen Aktionen teil, kämpfte sie beständig darum, sich immer tiefer in den Arbeiter- und Volksmassen zu verankern und ihr Vertrauen zu gewinnen. So ist sie schon heute eine wichtige Kraft des politischen Lebens in Portugal geworden.

Als das portugiesische Volk die faschistische Diktatur stürzte, als sich viele Schichten des Volkes zu revolutionären Kämpfen erhoben, als das Landproletariat gewaltsam das Land der Großgrundbesitzer, die Arbeiterklasse Fabriken, das Land, die Häuser der Reichen besetzten, da waren es nicht nur die Lakaien der portugiesischen Bourgeoisie und treue Agenten des Sozialimperialismus, die Cunhal-Revisionisten, die die Kämpfe des Volkes sabotierten und allseitig verrieten, da war es nicht nur die reaktionäre portugiesische Bourgeoisie, da waren es vor allem die USA-Imperialisten wie auch die westdeutschen Imperialisten, die sich als Hauptfeind des portugiesischen Volkes erwiesen.

Von Anfang an waren neben den amerikanischen Imperialisten die westdeutschen Imperialisten eine der stärksten Stützen des faschistischen Regimes. 1973 rückte die Deutsche Bundesrepublik an die Spitze der ausländischen Direktinvestoren in Portugal, wo für sie, da sie den Arbeitern nur Hungerlöhne zahlten und die faschistische Diktatur jeden Kampf der Arbeiterklasse brutal unterdrückte, günstige Profitmöglichkeiten bestanden. Alle wichtigen westdeutschen Konzerne wie AEG, Bayer, Hoechst, Grundig, Siemens, Bosch, BASF u. a. haben Niederlassungen in Portugal. Zugleich waren die westdeutschen Monopole stark an der Ausplünderung der Völker der afrikanischen Kolonien Portugals beteiligt.

Alle westdeutschen Regierungen, sowohl die der CDU/CSU als auch die der SPD/FDP, haben freundschaftliche Beziehungen zu den portugiesischen Faschisten unterhalten. Sie unterstützten sie mit Waffen und sicherten sich im Lande eigene Militärstützpunkte, auf denen zeitweilig bis zu 12.000 westdeutsche Soldaten stationiert waren. Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur unternahmen die westdeutschen Imperialisten unter der Losung „Die Demokratie vor einer kommunistischen Diktatur retten" große Anstrengungen, um die konterrevolutionären Kräfte aller Richtungen zu stärken. Gemeinsam mit dem amerikanischen Imperialismus und zum Teil in dessen direktem Auftrag finanzierte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die SPD, die sozialistische Partei Soares' und unterstützte sie politisch in jeder Beziehung. Seit dem Sturz der Diktatur reisten ständig Abgesandte beider Seiten hin und her, um Komplotte zu schmieden. Heute sind die westdeutschen Imperialisten Vorreiter für den Beitritt Portugals in die EWG, der auch von den USA-Imperialisten betrieben wird. Die zahlreichen Kredite, die Portugal in der Vergangenheit von der EWG erhielt, wurden zum allergrößten Teil von Bonn finanziert und sind mit Bedingungen verbunden, die einerseits von der portugiesischen Regierung die Niederschlagung der Kämpfe der Arbeiter, Lohnstopp usw. verlangen und andererseits die Garantie, ungehindert im Lande investieren zu können.

Genossen, der westdeutsche Imperialismus ist der erbitterte Feind des portugiesischen Volkes, er ist der Hauptfeind der werktätigen Massen der Deutschen Bundesrepublik. Ihn in der sozialistischen Revolution zu stürzen, wäre der größte Beitrag des deutschen Volkes zur Weltrevolution.

Die KPD/ML, als die Vorhutpartei des deutschen Proletariats, kämpft unter der zentralen Losung „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" für den Abzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland, für den Austritt der DBR aus der NATO und EG, für den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt und der RGW, für die Errichtung (DBR) bzw. Wiedererrichtung (DDR) der Diktatur des Proletariats in der gewaltsamen sozialistischen Revolution.

Ist in Westdeutschland der Hauptfeind des Volkes, der Hauptfeind der sozialistischen Revolution der westdeutsche Imperialismus und in zweiter Linie sein Komplize und Bündnispartner, der USA-Imperialismus, so ist in der DDR der Hauptfeind der russische Sozialimperialismus, der Ostdeutschland in einen Satelliten verwandelte und in zweiter Linie die neue ostdeutsche Bourgeoisie. Indem die Partei den Kampf gegen die sich ständig verschlechternde Lage der werktätigen Massen, den Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur in der DDR, die ständig zunehmende Faschisierung und politische Unterdrückung der Werktätigen in der DBR, gegen das Hegemoniestreben und die Kriegspolitik der zwei Supermächte und für die nationale Einheit Deutschlands nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränkt, sondern versucht, ihn in Angriffskämpfe auf die Bastionen der Bourgeoisie zu verwandeln, erzieht sie die Massen im Geist der sozialistischen Revolution.

Liebe Genossen, wir grüßen in tiefer brüderlicher Verbundenheit, im Sinne des proletarischen Internationalismus die PCP (R), ihr Zentralkomitee und alle Delegierten des II. Parteitages. Wir sind sicher, daß dieser Parteitag unserer portugiesischen Bruderpartei im Sinne der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha von vollem Erfolg gekrönt sein wird. In der heutigen internationalen Situation ist es mehr als jemals zuvor notwendig, die revolutionären Ideale, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus hochzuhalten. Einen hervorragenden Beitrag in diesem Sinne hat kürzlich der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze geleistet. Wir müssen sehr stark sein und entschieden gegen all diejenigen kämpfen, die versuchen, in den marxistisch-leninistischen Parteien eine opportunistische Strömung zu entwickeln.

In der heutigen Lage, die gekennzeichnet ist durch die Vertiefung der allgemeinen Krise, die das gesamte kapitalistische Weltsystem im Westen wie im Osten erfaßt hat, durch die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche, besonders denen zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, USA und UdSSR, müssen wir ihrer Hegemonie- und Kriegspolitik die weltweite Einheitsfront auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Proletariat und unterdrückten Völkern entgegensetzen. Erinnern wir uns der Worte Mao Tsetungs, der sagte: „Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen."

Der Kampf gegen die zwei Supermächte ist engstens verbunden mit dem Kampf gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung in jedem Lande. Den Kampf gegen die innere Reaktion, die eigene Bourgeoisie aufzugeben, ist genauso Verrat, wie sich im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere zu stützen.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien waren von Anfang an gekennzeichnet von tiefer Brüderlichkeit und kommunistischer Solidarität. Verstärken und vertiefen wir unsere militante Freundschaft im Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde, für den Sieg derselben Sache, der proletarischen Weltrevolution, des Kommunismus.

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die PCP (R)!

Es lebe das heroische portugiesische Volk!

Es lebe die kämpferische Freundschaft und Einheit zwischen unseren beiden Parteien!

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

i. A. Ernst Aust
Vorsitzender der KPD/ML

Grußadresse an die Veranstaltung der KPI/ML

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Im Namen des Zentralkomitees der KPD/ML überbringe ich der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, ihrem Zentralkomitee mit Genossen Fosco Dinucci an der Spitze, den Delegationen der Bruderparteien und allen Teilnehmern dieser Veranstaltung die brüderlichen, kämpferischen Grüße der Kommunisten und der Arbeiterklasse im Osten und Westen Deutschlands.

In Antonio Gramsci, dem Begründer der Kommunistischen Partei in Italien, dem unerschrockenen und prinzipienfesten Kämpfer gegen Imperialismus und Revisionismus, den auch 10 Jahre grausamer Haft in den Kerkern Mussolinis nicht beugen konnten und im Kampf der italienischen Partisanen, im Aufstand vom 25. April 1945, der einen großen Beitrag zur Niederlage des Faschismus bedeutete, verkörpern sich die besten Traditionen der italienischen Arbeiterklasse. Ihr Erbe zu verteidigen, ihr Vermächtnis zu erfüllen, ist heute eine Aufgabe von großer Aktualität.

Viele berufen sich heute auf den großen Namen Gramscis. Aber in Wahrheit hat nur eine einzige Organisation das Recht dazu, gibt es nur eine einzige Fortsetzerin der Partei Gramscis. Das ist die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten!

Genossen!

Vom ersten Tag ihrer Gründung an hat Eure Partei getreu dem Vermächtnis Gramscis für die Interessen der italienischen Arbeiterklasse gekämpft, hat sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen den Verrat der Revisionisten vom Schlage Togliattis und Berlinguers und gegen alle opportunistischen Verfälschungen verteidigt.

Getreu den Lehren und dem leuchtenden Beispiel Gramscis steht die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten heute an der Spitze der Kämpfe gegen die wirtschaftliche Not der Massen, gegen die Faschisierung und die faschistischen Banden, gegen die italienische Bourgeoisie, gegen den Vatikan, gegen die NATO-Stützpunkte, gegen den amerikanischen Imperialismus und den Einfluß des russischen Sozialimperialismus. Sie propagiert in diesen Kämpfen der Werktätigen den Nutzen und die Notwendigkeit der gewaltsamen proletarischen Revolution und bekämpft — eingedenk der Lehre Lenins, daß man den Imperialismus nicht besiegen kann, ohne den Opportunismus zu schlagen — alle Ideen der Klassenversöhnung und der Kapitulation vor dem Imperialismus.

Wer wie die modernen Revisionisten vom Schlage Berlinguers den „historischen Kompromiß" mit dem Imperialismus predigt, ist ein Agent der Bourgeoisie, ein Saboteur an der Revolution, ein Wegbereiter des Faschismus. Die italienische Bourgeoisie, die Antonio Gramsci und Tausende andere der besten Söhne der italienischen Arbeiterklasse ermordete, die unzählige Verbrechen beging, ist ein Todfeind des Proletariats und der anderen Werktätigen. Nur ihr Sturz kann die Arbeiterklasse, kann das Volk befreien, kann die erneute Errichtung einer faschistischen Diktatur verhindern. Der Kampf für dieses Ziel, den die KPI/ML konsequent führt, ist gleichzeitig ein großartiger Beitrag zum proletarischen Internationalismus, die beste Unterstützung zum weltweiten Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion. Das ist der Weg, den Antonio Gramsci wies, das ist der Weg, auf dem die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten heute als Abteilung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung erfolgreich vorwärtsschreitet.

Genossen!

Die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sind Bruderparteien. Was unsere beiden Parteien verbindet, ist der gemeinsame Kampf für den Sieg der Sache der Arbeiterklasse und des Kommunismus. Die Einheit unserer beiden Parteien wurde geschmiedet im Feuer des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus. Wir werden die Lehren dieses Kampfes niemals vergessen, die unsterblichen Verdienste der Kommunistischen Partei Chinas unter Führung des Genossen Mao Tsetung und der Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des Genossen Enver Hoxha in diesem Kampf immer hochhalten und verteidigen.

Wir kämpfen gemäß diesen Lehren für die Einheit aller wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Als einen historischen Beitrag dazu betrachten wir die Ergebnisse des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens.

Genossen!

Die Geschichte hat bewiesen, daß der Imperialismus niemals „friedlich" oder „vernünftig" werden wird. Imperialismus, lehrt Lenin, heißt Reaktion auf der ganzen Linie. Deshalb kann es weder im Kampf gegen die drohende faschistische Gefahr, wie sie in Italien und Westdeutschland vor den Werktätigen steht bzw. gegen den Sozialfaschismus, wie er in Ostdeutschland existiert, irgendeinen Kompromiß mit dem Imperialismus geben, noch im Kampf gegen den drohenden Ausbruch eines dritten Weltkrieges, dessen Quelle die Rivalität der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, um die Weltherrschaft ist. Weder kann man sich im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere stützen, noch einen „Burgfrieden" mit dem „eigenen" Imperialismus schließen. Die Losung der Marxisten-Leninisten heißt Krieg dem imperialistischen Krieg, heißt revolutionärer Kampf gegen die Kriegstreiber, gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion! Gemäß den Lehren der Geschichte, daß Imperialismus Faschismus und Krieg bedeutet, ist es die Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien, für die Zerschlagung des imperialistischen Weltsystems zu kämpfen, für den weltweiten Triumph der Revolution und des Kommunismus.

Genossen!

Die Aufgaben, vor die der Klassenkampf Eure Partei — wie alle marxistisch-leninistischen Parteien — stellt, sind groß. Aber wir sind sicher, daß Ihr unter dem Siegesbanner des Marxismus-Leninismus immer neue Erfolge erringen werdet. Unter Eurer Führung wird die italienische Arbeiterklasse ihre historische Mission erfüllen, werden eines Tages nach der siegreichen sozialistischen Revolution in Italien die roten Fahnen triumphieren.

Es lebe die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung!

Hamburger Senat plant Kürzung von 3600 Krankenhausbetten

Ob in Westberlin, Nordrhein-Westfalen oder Hamburg — überall werden in wachsendem Ausmaß Krankenhäuser geschlossen, werden Bettenzahlen reduziert, obgleich Krankheiten und Unfälle nicht etwa ab- sondern zunehmen. Auf Kosten der Versorgung der Werktätigen sollen die staatlichen Ausgaben im Gesundheitswesen so drastisch gekürzt werden. Welche Auswirkungen dies für die Werktätigen in Hamburg und Umgebung hat, berichten die Genossen der Parteizelle der KPD/ML am Hamburger St. Georg-Krankenhaus.

Anfang vergangenen Jahres veröffentlichte die Hamburger Gesundheitsbehörde ihren „Krankenhausbedarfsplan". Nach diesem Plan sollen innerhalb der nächsten zehn Jahre mehr als 3.600 Krankenhausbetten in Hamburg eingespart werden. Mehrere Krankenhäuser,wie das A. K. Heidberg, das Hafenkrankenhaus und das Kinderkrankenhaus Borgfelde sollen geschlossen und darüber hinaus sollen bei verschiedenen anderen Krankenhäusern Stationen verkleinert oder geschlossen werden.

Gegen die Schließung des Heidberger und des Hafenkrankenhauses haben sich schon vor einiger Zeit Initiativen gebildet. Heute ist es so, daß immer mehr Krankenhauskollegen und Hamburger empört und entsetzt sind über die begonnene Durchsetzung dieser Rationalisierungsmaßnahmen. Immer mehr Kollegen fragen sich, was zu tun ist, nachdem sie feststellen mußten, daß Gewerkschaftsapparat und bürgerliche Personalräte in den Krankenhäusern mit ihrer Abwiegelei und Verharmlosung gemeinsame Sache mit dem Kapitalistenstaat machen. Es gibt bereits gute Ansätze des Kampfes. Einzelne Kollegen oder Stationen arbeiten nach dem Prinzip „Dienst nach Vorschrift"; es wird die Schweigepflicht gegenüber den Patienten gebrochen, es werden Strafanträge gegen Behörden gestellt; es werden Resolutionen gegen den "Bettenbedarfsplan", gegen Senat, Krankenhausleitung und Personalräte verabschiedet, wie z. B. auf der Personalversammlung Anfang März im Krankenhaus St. Georg. Doch diese Kampffront gegen die Rationalisierungspläne steht erst noch am Anfang.

3.600 Krankenhausbetten weniger — das wäre ein Sechstel der zur Zeit bestehenden Krankenhausplätze in Hamburg. Besonders betroffen sind von der Schließung des Hafenkrankenhauses die Kollegen, die auf den Werften und im Hafen arbeiten. Die Schließung des A. K. Heidberg betrifft die gesamte nördliche Region Hamburgs. Und ganz besonders sind die Hamburger Kinder von den Kürzungsmaßnahmen betroffen: Ein Drittel aller Kinderkrankenhausplätze soll gestrichen werden. Für über 300.000 Kinder sollen ganze 950 Krankenhausbetten bleiben. Dabei spielt eine ganz besondere Rolle die ersatzlose Schließung des Kinderkrankenhaus Borgfelde, ein 100 Betten-Krankenhaus, das dem St. Georg-Krankenhaus angeschlossen ist.

Das Kinderkrankenhaus ist ein sehr zentral gelegenes Krankenhaus mit den Schwerpunkten Frühgeborenen-Pflege, Neugeborenen-Pflege (für kranke Neugeborene), Notfallambulanz und Behandlung von chronisch kranken Kindern. Außerdem werden von diesem Krankenhaus aus viele Entbindungsstationen anderer Krankenhäuser betreut und ein Neu- und Frühgeborenen-Transport rund um die Uhr durchgeführt. Die Stadtteile Borgfelde, Hamm, Billstedt, Billbrook, Bergedorf, Barmbek, Eilbek, Horn, Hohenfelde, Uhlenhorst, Alsterdorf, Steilshoop und Winterhude, in denen fast ausschließlich Arbeiter und Werktätige wohnen, gehören zu seinem Einzugsgebiet — das sind 40% der Hamburger Kinder. 40% unserer Kinder, die durch die geplante Schließung dieses Kinderkrankenhauses lebensgefährlich lange Anfahrtswege im Notfall in Kauf nehmen sollen, die systematisch noch schlechter als bisher behandelt werden.

Zweifellos ist das Borgfelder Kinderkrankenhaus nicht ein ideales Krankenhaus, wie wir es uns im Sozialismus vorstellen und erkämpfen werden. Es ist wie jedes andere Krankenhaus eine kapitalistische Kinderklinik, bei der an allen Ecken und Enden gespart wird, wo das Krankenhauspersonal sich abrackern und Überstunden machen muß, um einigermaßen zurecht zu kommen. So spricht es Bände, daß zur Zeit für 93 Patientenbetten ganze 49 Vollschwester-Stellen bewilligt sind, das sind eingerechnet Krankheit und Urlaub eine halbe Schwester für drei Schichten pro krankem Kind — und das einschließlich Ambulanz und Intensivpflege, einschließlich Brutkastenüberwachung und Transportdienst. Für das gesamte Krankenhaus einschließlich Betreuung kranker Neugeborener in anderen Kliniken, Transportdienst für Frühgeborene, laufende Behandlung und Sprechstunde für chronisch erkrankte Kinder samt Mütterberatung stehen ganze 8 1/2 Ärzte zur Verfügung! Es muß den Kollegen von Borgfelde wie ein Traum vorkommen, wenn sie hören, daß im sozialistischen Albanien, in der Kinderklinik in Korça auf der Intensivstation für jeden Patienten eine Schwester und ein Arzt da sind.

Für die kranken Kinder herrschen im Borgfelder Kinderkrankenhaus also schlechte Verhältnisse, die eine Versorgung nur mühsam und unvollkommen durch vielfache Mehrarbeit des Personals ermöglichen. Aber selbst das ist dem kapitalistischen Staat noch zuviel und zu teuer, als reiche es nicht, daß es in den meisten Entbindungskliniken Hamburgs keine Frühgeborenen-Stationen gibt, daß die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik die höchste von Europa ist. Brutal und ohne jegliches Gewissen sparen sie da ein, wo sich die Investitionen nach der Logik der Kapitalisten nicht lohnen: bei der Gesundheit der Werktätigen, um mittels Investitionsspritzen den Rachen der Kapitalisten noch voller zu stopfen.

Der angebliche Grund für die Schließung des Kinderkrankenhauses Borgfelde und sämtliche Rationalisierungen im Rahmen des „Bettenbedarfsplanes" ist, daß einige Häuser veraltet seien und vor allem, daß es angeblich viel zu viele Krankenhausplätze in Hamburg gäbe. Doch das ist eine reine Lüge. Zum „Beweis" für die überzähligen Krankenhausplätze scheut sich die Gesundheitsbehörde nicht, mit Tricks, Fälschungen und mörderischen Anweisungen vorzugehen: Seit über einem Jahr haben Krankenhäuser, Polizeiärzte (Notfallärzte) und praktische Ärzte die Anweisung, ältere Patienten, sogenannte „Pflegefälle", möglichst nicht ins Krankenhaus zu überweisen — und wenn das unumgänglich ist, diese Patienten schnell wieder zu entlassen. Eine verbrecherische Methode geradezu ist es, Patienten gar nicht erst aufzunehmen, um leere Betten vorzeigen zu können. Es gibt unzählige Beispiele dafür, daß alte Menschen mit einem Schlaganfall gar nicht erst aufgenommen, sondern vorzeitig ins Altersheim gebracht wurden — in Altersheime mit Dutzenden Schwerkranken, die — so gut wie ohne ärztliche Behandlung — die schwerkranken alten Menschen praktisch zum Sterben verurteilen.

Ein weiteres Beispiel ist die ungeheuerliche Personalknappheit, die durch den Einstellungsstopp bewußt aufrechterhalten und verschlimmert wird. Sie zwingt die Kollegen dazu, so schnell wie möglich die Kranken zu entlassen oder gar Stationen bei der Bettenzentrale „sperren zu lassen" bzw. die Aufnahmen zu verweigern. So kam kürzlich ein solcher Fall **aus dem A. K. Heidberg an die Öffentlichkeit, bei dem ein Patient auf dem Wege nach Schleswig-Holstein starb, weil er im Heidberg-Krankenhaus, das schon teilweise geschlossen ist, nicht aufgenommen werden konnte. Die Kollegen vom Heidberg-Krankenhaus haben daraufhin Strafanzeige gegen die Behörde gestellt.**

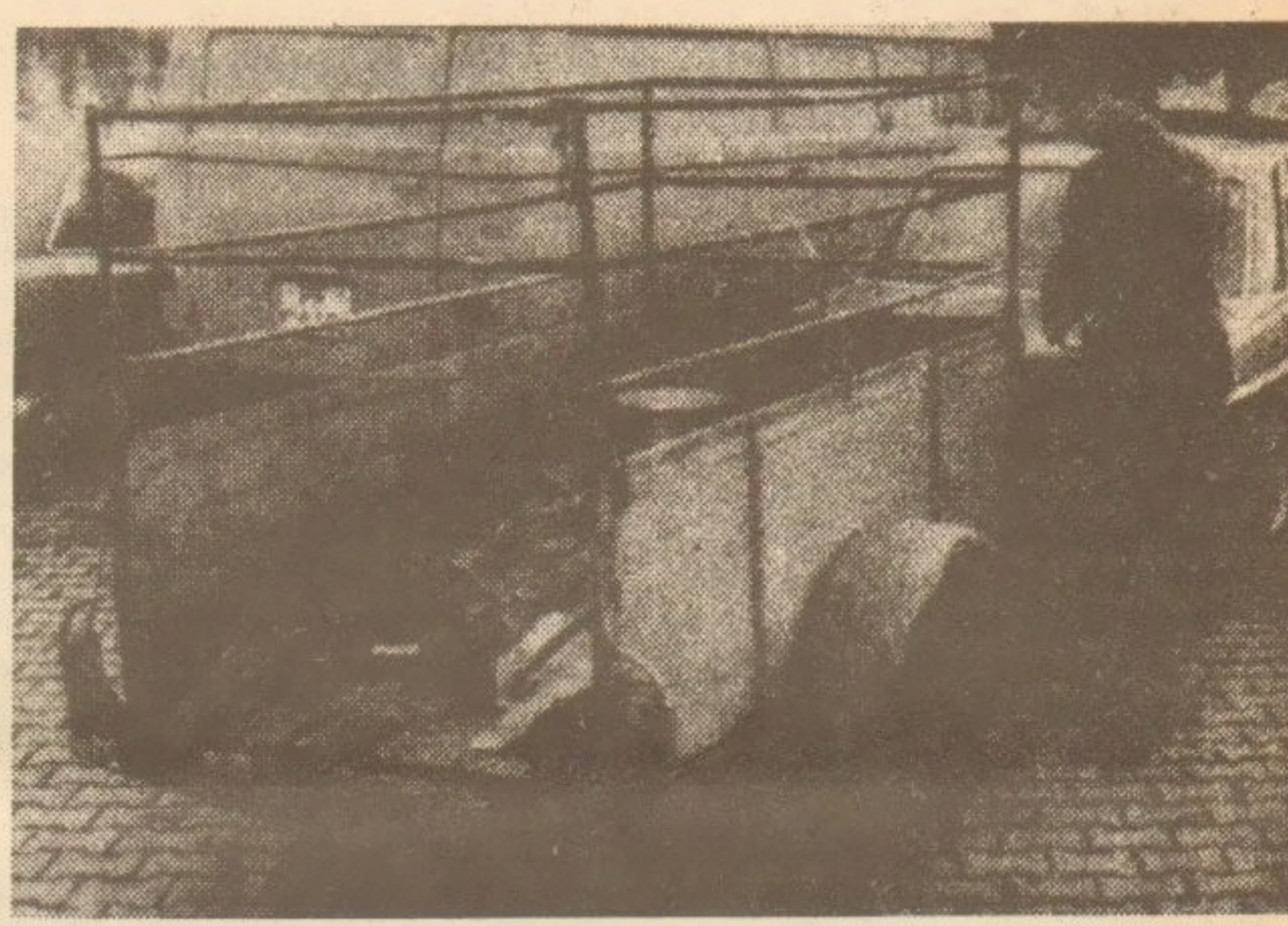
Aber die kapitalistische Gesundheitsbehörde greift zu noch viel plumperen Mitteln, um ihre Rationalisierungen durchzuziehen. Sämtliche Grundlagen, Analysen und Statistiken des „Bettenbedarfsplanes" sind gefälscht und verdreht — zugunsten eines „Bettenüberhanges", den sie damit beweisen wollen. Die Einwohnerzahl Hamburgs wird gleich um 200.000 Menschen heruntermanipuliert (für 1985 1.600.000 Einwohner), was im Gegensatz zu sämtlichen anderen bürgerlichen Statistiken, etwa der des deutschen Krankenhausinstitutes steht.

Ein weiterer Punkt ist, daß Tausende Menschen aus dem Umkreis von Hamburg und teilweise sogar aus dem ganzen Bundesgebiet in Hamburger Krankenhäusern behandelt werden. Darüber geht der "Bettenbedarfsplan" jedoch einfach mit der Bemerkung hinweg, die anderen Bundesländer sollten selber für Krankenhäuser sorgen. 2.900.000 Menschen, fast drei Millionen, gehören in Wirklichkeit zum Einzugsbereich Hamburger Krankenhäuser. Im Plan der Behörde aber sind es nur 1,5 Millionen.

Was aber bedeutet es denn, wenn mit gefälschter Statistik die Hälfte der Bevölkerung unterschlagen wird? Es bedeutet, daß schon jetzt nur halb soviele Krankenhausplätze als sie angeben tatsächlich vorhanden sind. Und diese sollen noch um 3.600 verringert werden. **Nach ihrem Plan soll es bald die Regel sein, daß man im Notfall nicht behandelt werden kann, daß man nach einer Operation gleich nach Hause geschickt wird, daß Schwestern und Ärzte eine 60 Stunden-Woche haben. Das sind die Zukunftsaussichten in unserem kapitalistischen Gesundheitssystem, das ist die „Reform" des Bonner „Sozialstaates".**

Wir haben in der letzten Betriebszeitung für das A. K. St. Georg, „Kämpfende Station", diese Rationalisierungsmaßnahmen entlarvt. Die Zeitung wurde mit großem Erfolg während der Besuchszeiten an die Krankenhausbesucher verteilt. Auf dem Arbeitertreff der KPD/ML in Altona wurde eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Borgfelder Kollegen verabschiedet. Die Empörung und Kampfbereitschaft, die gegen das Programm der Gesundheitsverschlechterung entstanden ist, werden wir nutzen, um den Kollegen zu zeigen, daß es um das kapitalistische System geht, das wir gemeinsam unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei zerschlagen müssen. Unsere Antwort an die Herren von Behörde und Senat und alle ihre Helfershelfer von ÖTV bis zum Personalrat ist: **„Wir werden um den Erhalt der Kinderklinik und jedes Krankenhausbettes kämpfen, denn wir lassen nicht zu, daß Ihr uns und unsere Kinder der Profitgier des Kapitalistenstaates opfert, während für Euch und Eure Kinder überall noch ein Einzelzimmer mit Chefarzt frei ist! Wir werden die sozialistische Revolution durchführen und Euch davonjagen, um unseren Kindern eine gesicherte und glückliche Zukunft zu ermöglichen und ein Gesundheitssystem im Interesse der Werktätigen aufzubauen."**

Bauer auf der Landstraße von Polizei erschossen



Als ein Bauer aus dem Landkreis Lahn-Wetzlar mit seinem Wagen samt Anhänger (siehe Bild) nachts auf dem Heimweg war, wurde er plötzlich von einer schwer bewaffneten Polizeistreife gestoppt. Als der Bauer anhielt, stürmte einer der Polizisten mit der Maschinenpistole im Anschlag auf den Wagen los, rief den Bauern an — und als dieser offensichtlich nicht verstand, um was es ging, feuerte der Beamte los: Der Bauer wurde tödlich am Hals getroffen.

Am nächsten Tag gab ein Polizeisprecher für dieses mörderische Vorgehen lediglich die Erklärung ab, die Polizeistreife habe auf dem Anhänger „gestohlene Schafe" vermutet.

Prozeß gegen RAF-Mitglieder in Stammheim

Bundesanwälte fordern lebenslänglich Gefängnis

Überraschend hat das Gericht in Stammheim im Prozeß gegen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin die Beweisaufnahme beendet. In Kurzplädoyers forderten die Bundesanwälte erneut dreimal lebenslänglich Gefängnis für alle Angeklagten. Dieselbe Forderung hatten sie bereits in ihren Plädoyers im vergangenen Oktober erhoben. Doch damals trat das Gericht noch einmal in die Beweisaufnahme ein und lud neue Zeugen.

Heute, nach dem Attentat auf Buback, kann sich die Bourgeoisie nicht genugtun damit, „Recht" und „Gesetz" zu beschwören. Doch diese letzten sechs Verhandlungsmonate im Prozeß gegen die RAF in Stammheim zeigen überdeutlich, was sie unter „Recht" und „Gesetz" versteht. Ihr „Recht", ihre „Gesetze" dienen letzten Endes einzig und allein dazu, revolutionäre Gewalt zu unterdrükken. Und überall dort, wo diese Gesetze nicht ausreichen, setzt sie sich rücksichtslos darüber hinweg, wendet sie brutale, reaktionäre Gewalt gegen Revolutionäre an. Das, was sich in den letzten Wochen in Stammheim abspielte, spricht jedem „Rechtsstaat" Hohn:

Da mußte der vorsitzende Richter Prinzing endlich doch seinen Hut nehmen, weil herausgekommen war, daß er Prozeßunterlagen — auch „vertrauliche" — über einen Kollegen der Presse zugespielt hatte. Springer und Konsorten hielten plötzlich Dokumente in Händen, die den Verteidigern der Angeklagten vorenthalten worden waren.

Da erklärte der Innenminister von Baden-Württemberg, daß Verteidigergespräche zwischen den Angeklagten und ihren Rechtsanwälten vom Verfassungsschutz abgehört worden waren.

Da versuchte die Bourgeoisie in widerlichster Weise, der toten Ulrike Meinhof nachträglich Pläne über die Entführung von kleinen Kindern von Spielplätzen anzuhängen.

Da wird der Verräter und gekaufte Agent Müller, den der Verfassungsschutz eigens für diese Aufgabe präpariert hat, zum Kronzeugen, auf den sich praktisch die gesamte Anklage stützt. Wie verlogen seine Aussagen sind, zeigt allein die Tatsache, daß Wolfgang Grundmann inzwischen aus der Haft entlassen werden mußte, weil die Anklagepunkte gegen ihn, die sich ebenfalls weitgehend auf die Aussagen dieses Agenten stützten, fast vollständig zusammengebrochen sind.

Es ist eine Tatsache, daß die RAF und andere Gruppen, die auf der gleichen ideologischen Grundlage kämpfen, heute weitgehend isoliert sind, denn ihre Politik ist falsch. Es ist eine Tatsache, daß ihre Aktionen, auch wenn sie dem Feind zeitweise Schaden zufügen, doch dem Ziel der sozialistischen Revolution nicht nützen. Doch darum geht es nicht, wenn man den Stammheimer Prozeß und seine Zusammenhänge betrachtet.

Mit diesem Prozeß versucht die Bourgeoisie ein Exempel zu statuieren. Ihr Ziel ist einerseits, die gefangenen Revolutionäre selbst durch hohe Haftstrafen auszuschalten und letzten Endes zu vernichten — Ulrike Meinhof, Holger Meins und Katharina Hammerschmidt sind ihre ersten Opfer gewesen. Andererseits aber ist dies ein Musterprozeß gegen die revolutionäre Gewalt überhaupt, ein Prozeß, in dem Revolutionäre auf infamste Art zu „Verbrechern" gestempelt werden sollen, ein Prozeß, der das Volk und alle Revolutionäre einschüchtern soll.

Daß die Staatsanwälte der Bourgeoisie in diesem Prozeß eine lebenslängliche Zuchthausstrafe fordern würden, war allen klar. Sollte das Urteil gegen Baader, Raspe und Ensslin tatsächlich in einigen Wochen gesprochen werden, so wird es ebenfalls „lebenslänglich" lauten, dieses Urteil steht seit Jahren fest.

Doch dies wird kein Urteil sein, das sich auf „Beweise", „Indizien" oder „Geständnisse" stützen kann. Dieses Urteil stützt sich einzig und allein auf die Gewaltmittel, die die Bourgeoisie als die herrschende Klasse in diesem Staat in Händen hat. Es stützt sich auf die Lügen gekaufter Zeugen, auf die brutale Isolationshaft, gegen die heute 35 politische Gefangene im Hungerstreik stehen, auf die Knüppel von Polizisten und Gefängniswärtern, auf die Maschinenpistolen der Bereitschaftspolizei in Stammheim.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Die einzige Sorge von Gewerkschaftsbonzen — ihr Posten

Liebe Genossen!

Der Personalratsvorsitzende im Altonaer Rathaus, Herr Kroog von der ÖTV, hatte wohl etwas über die Stränge geschlagen: Die ebenfalls im Altonaer Rathaus vertretene Gewerkschaft für Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes (GAB) wetterte, daß Herr Kroog unberechtigt 14.000 DM an Überstunden kassiert habe. Sie brachte ihre Vorwürfe an die Öffentlichkeit und der Kampf um die besten Plätze am Futtertrog ging richtig los. In ihren gegenseitigen Anschuldigungen waren ÖTV und GAB/DAG sehr offenherzig: Die ÖTV zeterte in ihrer Antwort, die GAB sei futterneidisch. Alle wie sie da sind, gaben sich noch nicht einmal den Anschein, sie verträten in erster Linie die Arbeiter. Für jeden sichtbar ging es hier darum, sich das schöne Leben (Personalratsvorsitzende und Stellvertreter sind ja bekanntlich freigestellt) und die unerschöpfliche Überstunden-Quelle zu erhalten und messerwetzend zu verteidigen.

Rot Front!

Eine Hamburger Genossin.

Eine unverschämte Rentenkürzung

Neulich war die Bäuerin, auf deren Hof ich arbeite, ganz aufgebracht. Sie beschimpfte die Politiker allesamt als verlogenes Pack. Warum?

Ihre alte Mutter lebt bei ihrem Bruder mit auf dem Hof und sie hat mit ihm einen Altenteilvertrag geschlossen, der ihr Wohnrecht und gewisse andere Rechte, unter anderem die Nutzung eines kleinen Hausgartens sichert. Nun aber haben die Behörden ihr mitgeteilt, daß aufgrund dieses Vertrages ihre Ansprüche auf eine kleine Zusatzrente von 40 DM im Monat nicht 'gerechtfertigt seien. Sie soll 2.000 DM zurückzahlen und ihre Rente wird in Zukunft um einen gewissen Satz gekürzt. Auf den Einwand der alten Mutter, daß die Kürzung noch mehr betrage als die Zusatzrente, antwortete die Behörde, daß dann eben auch an der Grundrente gekürzt werden müsse.

Was die Bäuerin am meisten empörte, war, daß dieser Altenteilvertrag schon seit Jahren besteht und daß jetzt ganz willkürlich unter den fadenscheinigsten Gründen die Rente gekürzt wird. Man höre: Die Behörde besaß die Frechheit, die Streichung der Rente unter anderem damit zu begründen, daß die alte Bäuerin sich in dem kleinen Hausgarten noch selbst Gemüse zieht!

Biologische Kriegsführung

Liebe Genossen!

Vor kurzem (ca. 3 Wochen) hörte ich im NDR 2 eine Meldung, die dann jedoch sehr schnell verschwunden war und die ich weder im Radio noch in den Zeitungen wiederfand. Und das auch aus gutem Grund!

Dort hatte es nämlich geheißen, daß in den USA von 1949-69 über 200 Mal bakteriologische Kampfmittel, also Krankheitskeime und Seuchenerreger, heimlich an belebten U-Bahnhöfen, öffentlichen Plätzen und in Kasernen freigesetzt wurden, um „deren Wirksamkeit an der Bevölkerung zu testen". Das hatten einige Kriegsexperten der US-Armee zugegeben.

Infolge dieser verbrecherischen Versuche wurden viele Menschen krank und etliche sind auch gestorben, oder besser gesagt, sie sind ermordet worden. Genaue Zahlen gibt es natürlich nicht, denn diese Menschen sind ja eines „natürlichen Todes" gestorben. Auch eine bis dahin „unerklärliche" Viehseuche in der Nähe einer militärischen Anlage geht auf das Konto dieser massenmordenden Imperialisten. Das alles haben diese Verbrecher, wie gesagt, offen zugegeben, nur ob und wo heute diese Versuche gemacht werden, wollten sie „aus Sicherheitsgründen" nicht sagen.

Das ist wahrhaftig ein offenes Bekenntnis der Imperialisten!

Bei ihren Kriegsvorbereitungen scheuen sie vor nichts zurück, mit ihren Massenvernichtungsmitteln ermorden sie schon heute ahnungslose Menschen, um diese Waffen, die sich hauptsächlich gegen die Bevölkerung richten, für den Kriegsfall noch mörderischer zu machen.

Diese imperialistische Supermacht hat seit Dresden, Hiroshima und Vietnam ihren Charakter kein bißchen geändert, sie ist um nichts friedlicher oder ungefährlicher geworden.

Damit das blutbesudelte Gesicht der US-Imperialisten nicht noch weiter enthüllt wird, haben ihre westdeutschen Komplizen die „peinliche" Meldung im Radio so schnell verschwinden lassen.

Rot Front! Ein Genosse aus Kassel.

Kredithai schießt auf Kollegen — Anklage niedergeschlagen

Liebe Genossen!

Ein schwerbeschädigter Kollege von mir besitzt am Stadtrand von Bremen ein kleines sumpfiges Grundstück, wo er seine ganze Freizeit mit Gartenarbeit und Entenzucht verbringt. Die angrenzenden Felder und Wiesen sind zur Jagd an einen steinreichen Kredithai und Versicherungsagenten namens Beisner verpachtet. Wenn Beisner zusammen mit anderen Bonzen auf der Jagd ist, gehen auf die Häuser und Gärten der Anwohner jede Menge Schrotkugeln nieder. Mein Kollege hat am meisten zu leiden. Als er Beisner zur Rede stellte, legte der die Flinte auf ihn an, jagte seinen Hund in den Garten des Kollegen und schoß die dadurch aufgescheuchten Enten herunter.

Schließlich zeigte der Kollege den Bonzen an. Er fand Unterstützung von sieben Anwohnern, meist kleinen Bauern, die in schriftlichen Zeugenaussagen bestätigten, daß Beisners Schrotkugeln sehr oft in bewohnten Gebieten niedergehen.

Jetzt erhielt der Kollege Antwort von einem Staatsanwalt Reihhold in Verden: Verfahren gegen Beisner eingestellt. Das „Verfahren" bestand darin, daß Beisner durch seinen Rechtsanwalt einen Lügenbrief an das Gericht schreiben ließ. Auf die Angaben in diesem Brief stützt sich nun der Staatsanwalt und bezeichnet sie als „unwiderlegbar". Die Zeugen hatten angegeben, daß die Schüsse von Beisner oder einem seiner Jagdgefährten kamen. Das nutzt der Staatsanwalt aus und schreibt, es sei nicht festzustellen, „wer überhaupt seitens der Jagdgesellschaft Schüsse abgegeben hat". Falls man unterstellt, eine von Beisner abgegebene Kugel sei tatsächlich in den Garten des Kollegen geraten, schreibt der Staatsanwalt, wäre das eine „fahrlässige Begehungsweise. Diese wird jedoch nicht geahndet".

Bei Beisner und ähnlichen Schmarotzern wird nichts geahndet, denn die Justiz spricht nicht im Namen des Volkes Recht, sondern im Interesse der Reichen.

Rot Front!

Ein Genosse aus Bremen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer str. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Albanische Kurzgeschichte

Ein Mensch im Blickpunkt

Einige Stunden bereits dauerte die Vorstandsversammlung der Front-Organisation unseres Wohnviertels. Wir hatten geglaubt, schnell fertig zu werden. Es handelte sich doch bloß darum, auf den Jungen Astrit N. einzuwirken. Er war nämlich unser Sorgenkind und hatte uns schon oft Scherereien gemacht. Zunächst sprach der Front-Vorsitzende, ehemaliger Kommandant eines Partisanenbataillons. Er sprach langsam und klar und rügte den Jungen.

„Sag, schämst du dich nicht, dich den ganzen Tag herumzutreiben, während unser ganzes Volk fleißig arbeitet?"

Wider Erwarten antwortete der Junge schroff und ebenso deutlich:

„Ich mag halt nicht arbeiten. Was geht das euch an? Hab' ich vielleicht von euch etwas zu essen verlangt?"

Da wurde uns klar, daß diese Versammlung nicht nur kurz mit einer Rüge verlaufen würde.

Ruhig fuhr der Vorsitzende fort:

„Also ... du willst nicht arbeiten ... so. Wir bitten dich darum, und du willst nicht. Fünfmal hast du schon Beruf und Arbeitsplatz gewechselt. In deinem Alter stand ich mit meinem Vater Tag für Tag auf der Arbeitssuche im Alten Basar, dort, wo heute der Kulturpalast steht. Wir warteten, ob nicht doch jemand käme, der unsere Arme brauchte. Meistens gingen wir leer aus. Dann kehrten wir verzweifelt und niedergeschlagen nach Hause zurück, wo die anderen hungrig auf uns warteten. Und du setzt dich einfach an den gedeckten Tisch. Dein Vater und dein Bruder arbeiten, auch deine Mutter arbeitet. Nur du ..."

Der Junge rückte unruhig auf dem Stuhl hin und her. Er war betroffen und wollte etwas sagen. Doch da meldete sich der alte Lehrer Llazar L., ein Vorstandsmitglied, zu Wort und sagte:

„Mehr als die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes sind unter der Volksmacht geboren. Das heißt, daß dieser Teil die Angst vor der Arbeitslosigkeit, diesem schrecklichen Übel der Vergangenheit, nicht kennt. Vergiß aber nicht, mein Junge, daß, um dieses Übel zu beseitigen, 28.000 Helden ihr Leben hingaben und vergiß auch nicht, daß es immer noch wie ein Alp die Welt bedrückt, denn es gibt heute noch 100 Millionen Arbeitslose auf der Welt, die in Elend leben."

Im Saal, in dem die Versammlung stattfand, waren an den Wänden verschiedene Diagramme angebracht. Ich blickte auf eines und las: In den Jahren der Volksmacht wurden 243.000 neue Wohnungen gebaut; mehr als die Hälfte der Bevölkerung konnte neue Wohnungen beziehen. Auf einem weiteren Plakat stand in Großbuchstaben: „Der Konsumtionsfonds pro Kopf der Bevölkerung war 1972 im Vergleich zu 1950 auf das 2,3fache angestiegen. Der Konsumtionsfonds wuchs 2,3mal schneller als die Bevölkerung."

Der alte Lehrer sagte dem Jungen weiter:

„Bei uns gehen heute 698.000 Personen in eine Schule, oder anders ausgedrückt: jeder Dritte steht in der Ausbildung. Hast du eine Ahnung, was das kostet? Eine Theaterkarte kostet 2,5 Lek. Weißt du aber, daß ihr Wert eigentlich 30 Lek ist? Du kaufst den Zucker zu einem Achtel des entsprechenden Weltmarktpreises. Wäre das alles möglich, wenn wir nicht alle arbeiten würden? Bei uns sind Unterricht und ärztliche Betreuung kostenlos. Für sozialkulturelle Maßnahmen wird jährlich ein Viertel des Staatshaushalts ausgegeben. Woher kommen diese Mittel, wenn nicht aus unser aller Arbeit? Wir arbeiten alle, damit unser Leben besser wird. Alles erfolgt also für das Wohl des Menschen, für sein Glück."

An der Diskussion beteiligten sich alle Versammlungsteilnehmer: die junge Dreherin, das Vorstandsmitglied Liri N., die alte Aktivistin Shega S., der Stahlschmelzer Merkur Xh.

Die Versammlung dauerte lange. Wir hätten den schönen Sommerabend anders verbringen können, doch wir waren zusammengekommen, weil uns etwas sehr Wichtiges Sorge bereitete: Einer von uns wollte nicht arbeiten. Diese Sorge wiegt schwer, wenn man bedenkt, daß wir nur eine von Tausenden Grundorganisationen sind, die sich um den einzelnen Menschen kümmern.

Gleichzeitig zeigt dies einen Aspekt der großartigen Wirklichkeit unserer Gesellschaftsordnung, in der alles zum Wohl des Menschen erfolgt. Die Sorge um den Menschen beginnt bei uns schon, ehe er auf die Welt kommt. Denn für die Frauen ist gesetzlich ein sechswöchiger Schwangerschaftsurlaub vorgesehen; außerdem gibt es eine besondere Unterstützung für das Neugeborene. Nach der Niederkunft erhalten die Mütter weitere sechs Wochen Wochenurlaub. Für den Aufenthalt der Kleinkinder in der Kinderkrippe brauchen die Eltern, ebenso wie in den Kindergärten, nur 40 Prozent der Ausgaben zu bezahlen. Albanien ist ein Land, in dem keiner Steuern bezahlt. Es ist eines der ersten Länder der Welt, in denen elektrisches Licht auch in das entlegenste Bergdorf gelegt worden ist. Im laufenden Jahr erhielten alle Dörfer ebenfalls Telephonanschluß. Gleichzeitig wird die Arbeit fortgesetzt, jedem Dorf eine Autostraßenverbindung zu sichern. Jedes Dorf soll außerdem Wasserleitungen erhalten. Ein weiterer Beweis der Fürsorge des Staates für den Menschen ist die Einführung von Renten für die Bauern. Beerdigungskosten werden ebenfalls aus gesellschaftlichen Mitteln bestritten.

„Als ich krank war", sagt die alte Aktivistin Shega S., „lag ich fünf Monate im Krankenhaus, bis ich gesund entlassen wurde. Für den Aufenthalt im Krankenhaus — Medikamente, Kost, ärztliche Behandlung usw. — wurden für mich etwa 6.000 Lek ausgegeben. Ich selbst habe nichts dafür bezahlt. Bedenke nun, mein Kind, wieviele Krankenhäuser und wieviele Kranke es in unserem ganzen Land gibt. Alle werden kostenlos aus Staatsmitteln behandelt und erhalten gleichzeitig noch ihren Lohn weiter."

„Arbeit ist die Quelle allen Wohlstands. Ohne Arbeit gibt es keinen Wohlstand", sagte ein weiteres Vorstandsmitglied. „Das garantierte Recht auf Arbeit ist daher ein konkreter Ausdruck der Fürsorge unserer Gesellschaft für den Menschen."

„Ein Mensch, wie stolz das klingt." In allen Sprachen der Welt erweckt dieses Wort Respekt, denn der Geist und die Hände der Menschen konnten die Welt verändern. Dennoch nimmt der Mensch nicht überall den gebührenden Ehrenplatz ein. Vor nur 30 Jahren wurde auch in unserem Land die Mehrheit der Menschen von den Klassen verachtet, die weder mit ihrem Kopf noch mit ihren Händen etwas leisteten. Millionen und Abermillionen Menschen in der Welt leben heute noch geächtet in Elend.

Wir kamen erst spät aus der Versammlung. Die Straßen waren beleuchtet. Noch gingen die Menschen spazieren. In den Fenstern der Wohnhäuser strahlte Licht. Die Menschen saßen ruhig in ihren Wohnungen, unterhielten sich oder saßen vor dem Fernsehapparat. In ihren Heimen herrschte Sicherheit. Wir begleiteten den Jungen noch bis zu seinem Haus. Er schritt schweigend mit gesenktem Kopf neben uns. Wir waren erleichtert. Wir wußten, daß sich jetzt auch er in unser aufrechtes Leben eingliedern würde, in die Reihen der Erbauer des Sozialismus.

(Diese Erzählung ist der Zeitschrift „Neues Albanien" 5/1974 entnommen).

20 Jahre EWG

Block der kapitalistischen Monopole und neokolonialistische Grossmacht

Im letzten „Roten Morgen" wurde dargestellt, wie vor zwanzig Jahren die EWG von den amerikanischen Imperialisten aus der Taufe gehoben wurde — als wirtschaftliches Rückgrat des aggressiven NATO-Blocks, als reaktionäres Superkartell der europäischen Monopole gegen das damals bestehende sozialistische Lager, gegen die Werktätigen Europas, gegen den Befreiungskampf der Kolonialvölker.

In den zwanzig Jahren des Bestehens der EWG sind tiefgreifende Veränderungen in der Welt geschehen. Die Revisionisten haben das sozialistische Lager zerstört und die Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht verwandelt, die ihre Klauen nach der ganzen Welt ausstreckt. Auf der anderen Seite haben sich die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erhoben, um ihre kolonialen Fesseln zu zerreißen.

Wie sieht es unter diesen Bedingungen mit der EWG aus? Die bürgerliche Propaganda schwärmt von einer dritten Kraft, unabhängig von Washington und Moskau. In dieselbe Kerbe schlägt die Gruppe Rote Fahne mit ihrer reaktionären Theorie, nach der die EWG ein Teil der sogenannten „Zweiten Welt" ist und damit ein Bestandteil der Front gegen die beiden Supermächte. Aber wie steht es denn mit dieser Unabhängigkeit der EWG? Gewiß, das Europa von heute ist nicht mehr das der Nachkriegszeit, in dem die Dollar-Monopole nach Belieben schalten und walten konnten. Aber nach wie vor haben sie ihre Krallen in Europa, nach wie vor kontrollieren sie einen bedeutenden Teil der EWG-Wirtschaft und pressen gewaltige Profite aus den Völkern Europas heraus.

Ein Drittel seiner Auslandsinvestitionen im Wert von 25 Mrd. Dollar hat der amerikanische Imperialismus in Europa angelegt. Und es sind besonders die Schlüsselindustrien, in denen sich die amerikanischen Monopole festgesetzt haben: Mineralöl, Fahrzeugbau, Chemie, Elektronik, Elektroindustrie usw. In Großbritannien sind es 12% des gesamten Industrieausstoßes, die von Unternehmen unter US-Kontrolle produziert werden. Und auch nach dem Nordsee-Öl haben sie schon ihre Finger ausgestreckt und dort Milliarden-Beträge investiert.

In der Deutschen Bundesrepublik kontrollieren die amerikanischen Imperialisten 50% der Mineralöl-Industrie, je 30% der Elektro- und Fahrzeugindustrie usw. Die berüchtigten multinationalen Konzerne, die General Motors, IBM, Ford, ITT, sie alle haben ihre „Töchter" in Europa, können ungehindert von Zollbarrieren und sonstigen Beschränkungen die Märkte der EG überschwemmen und Riesenprofite in die USA überweisen. Hunderttausende Arbeiter in Frankreich, Westdeutschland, Italien und anderen Ländern schuften für diese Profite unter den raffiniertesten amerikanischen Antreibermethoden. Auf der anderen Seite kaufen sich die „Multis" — wie die Lockheed-Affäre gezeigt hat — europäische Politiker und finanzieren ihnen ein Luxusleben.

USA-Imperialismus — Todfeind der Völker Europas

Aber nicht nur durch solche direkte Bestechung beeinflussen die amerikanischen Imperialisten die westeuropäische Politik. Sie haben die EG in ein Netz von Verträgen, Kartellen, Absprachen hineingezogen, in denen sie jeweils den Ton angeben, die führende Rolle spielen. So zum Beispiel die OECD, wo unter amerikanischer Regie die Strategie des Kampfes gegen die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung festgelegt wird. So die Kennedy-Runde, wo über gegenseitige Zollerleichterungen geschachert wird, ein Instrument, mit dem sich die amerikanischen Monopole die EG-Märkte noch weiter öffnen wollen.

Schließlich haben die USA-Imperialisten alle EG-Länder mit Ausnahme Irlands in den aggressiven NATO-Block einbezogen, ihre Hauptstütze in der Rivalität mit der russischen Supermacht. Fast 300.000 amerikanische Soldaten sind einschließlich der Mittelmeerflotte direkt in Europa stationiert, ein deutliches Zeichen dafür, daß die amerikanischen Imperialisten ihre Hegemonie über diesen Teil der Welt niemals freiwillig aufgeben werden. Die Militärstützpunkte, mit denen sie Italien, England und Westdeutschland überzogen haben, sind nicht nur eine ernste Beeinträchtigung der Souveränität dieser Länder. Sie stellen vor allem eine große Gefahr für die Völker Europas dar. Das zeigte sich besonders deutlich in Italien. Bei allen drei Putschversuchen faschistischer Banden in den letzten Jahren liefen die Fäden bei amerikanischen Offizieren in den NATO-Stäben zusammen.

Aber heißt das, daß es keine Widersprüche mehr gäbe zwischen den USA- und den EWG-Imperialisten? Natürlich nicht. Die Vertiefung der Krise des Kapitalismus hat diese Widersprüche sogar noch weiter zugespitzt. Die amerikanischen Monopole wollen angesichts der Krise ihre Kontrolle über Europa noch verstärken, hinter den Phrasen der „Partnerschaft" versuchen sie, die Lasten der Krise auf die EWG abzuwälzen. Die europäischen Imperialisten versuchen sich dieser Kontrolle zu entziehen, ihre wirtschaftliche Stärke auszuspielen und treten ihrerseits auf den internationalen Märkten in eine verschärfte Konkurrenz zu den USA-Monopolen.

In diesem Gerangel um die besten Positionen bei der Ausplünderung der Völker spielen die westdeutschen Imperialisten eine besondere Rolle als bevorzugte Partner der amerikanischen Imperialisten. Mit amerikanischer Hilfe sind die deutschen Monopolherren, die Nazi-Kriegsverbrecher wie Flick, Krupp, Thyssen, nach dem Krieg wieder auf die Beine gekommen, konnte der westdeutsche Imperialismus zur stärksten Macht in der EWG aufsteigen. Heute hat er alle verlogene Bescheidenheit abgestreift und tritt ganz offen als Oberherr in Europa auf. Bonn ist zum Hauptgläubiger der EWG geworden. Die britischen und italienischen Imperialisten, die praktisch vor dem Bankrott stehen, müssen immer häufiger dort anklopfen und um Hilfe betteln. Unter dem Deckmantel der gemeinsamen Bekämpfung der Krise benutzt der westdeutsche Imperialismus seine Kredite, um sich in diesen Ländern wirtschaftliche Positionen zu verschaffen.

Gemeinsam mit Washington, dem anderen großen Kreditgeber, benutzt Bonn seine „Hilfe", um von den Regierungen dieser Länder noch härtere Maßnahmen der Lohnsenkung, der Unterdrückung von Streiks und politischen Kämpfen zu fordern. Das Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus an der Seite der amerikanischen Supermacht ist zunehmend zu einer Bedrohung der Völker Europas geworden. Die Krupp und Thyssen haben ihre revanchistischen Pläne nicht aufgegeben. Eine EWG, die sich unter ihrem Kommando zu einer dritten Supermacht entwickelte, das sind die Träume, denen sie nachhängen. Aber solche Träume sind eine Sache, ihre Erfüllung ist eine andere. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Kräfteverteilung im imperialistischen Lager kann der westdeutsche Imperialismus seine Pläne nicht selbständig verwirklichen, ist er nach wie vor darauf angewiesen, im Windschatten der amerikanischen Imperialisten zu segeln.

All das zeigt: Die EG ist keineswegs die „harmlose" Wirtschaftsgemeinschaft zwischen den Blöcken der Supermächte und unabhängig von ihnen, wie es die Schmidt, Giscard und Co. immer wieder behaupten. Sie ist schon gar nicht eine Basis für den Kampf der Völker gegen die Bedrohung durch die Supermächte, wie es uns die Klassenversöhnler von der GRF weismachen wollen. Die EWG ist nach wie vor eng verknüpft mit dem amerikanischen Imperialismus und seinem aggressiven Pakt-System. Sie ist, wie Enver Hoxha sagte, **„eine organisierte Basis, ein organisiertes Hinterland des amerikanischen Imperialismus bei seiner Rivalität und Konkurrenz mit der anderen imperialistischen Macht, der revisionistischen Sowjetunion."**

Jede Abschwächung, oder gar das Einstellen des Kampfes gegen die EG ist unter diesen Bedingungen nicht nur Verrat am revolutionären Kampf zum Sturz der Bourgeoisie in den EG-Staaten selbst, sondern auch eine Unterstützung der amerikanischen Supermacht in ihrem Ringen um Weltherrschaft. Wer, wie die Gruppe Rote Fahne, den imperialistischen Klassencharakter der EWG leugnet, muß zwangsläufig auch auf die Positionen eines Propagandisten ihrer neokolonialistischen Politik abgleiten. Genau das tut die GRF, wenn sie den vom Imperialismus erfundenen „Dialog" zwischen der EWG und den Entwicklungsländern zu einem strategischen Konzept des Kampfes von Zweiter und Dritter Welt gegen die Supermächte verfälscht.

Die EWG — ein internationaler Ausbeuter

Ist denn die EWG, die vor nicht einmal zwanzig Jahren noch blutige Kolonialkriege gegen die Völker Algeriens, des Kongo führte, heute zum Dialogpartner der Völker auf gleichberechtigter Ebene geworden? Nein, sie hat sich nie damit abgefunden, daß die von ihr beherrschten Länder sich ihre politische Unabhängigkeit erkämpft haben. Um ihre Positionen zu halten, hat sie ein Netz von Abkommen und Verträgen über diese Länder ausgeworfen, spricht sie von gegenseitigem Nutzen und von Hilfe, wurde ein Rat geschaffen, in dem die assoziierten Entwicklungsländer an den Entscheidungen der EWG „mitwirken" sollen usw. Aber zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten kann es niemals eine Gleichberechtigung geben. Unter kapitalistischen Bedingungen gibt es nur ein Recht, das des Stärkeren. Was heißt es denn, wenn die Imperialisten Europas und die Entwicklungsländer Afrikas „gleichberechtigt" eine Zollunion eingehen? Nichts anderes, als daß diese Länder noch stärker mit europäischen Waren überschwemmt werden, daß ihre eigenständige Entwicklung gelähmt wird, sie weiter in der Rolle des Lieferanten von billigen Rohstoffen bleiben. Was bedeutet denn die „Hilfe" aus dem EWG-Entwicklungsfond, die zu über 60% in sogenannte Infrastrukturvorhaben geht? Das bedeutet Ausbau von Häfen, von Verkehrsverbindungen zum reibungslosen Abtransport der geraubten Rohstoffe. Hinter welchen wohlklingenden Phrasen auch immer sich die Dialoge und Abkommen der EWG-Imperialisten verstecken mögen, sie sind nichts weiter als neokolonialistische, ungleiche Verträge, die der verstärkten Ausplünderung der Entwicklungsländer dienen. Das zeigt sich zum Beispiel daran, daß 1975 die Preise für Industriewaren um 10% stiegen, während die Rohstoffpreise noch unter das Niveau von 1974 sanken.

Um von diesen deutlichen Tatsachen abzulenken, heucheln die EWG-Imperialisten Solidarität mit dem politischen Kampf der unterdrückten Völker, verabschieden sie Resolutionen gegen den Rassismus in Südafrika, für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Aber in Wirklichkeit treten sie diese Rechte mit Füßen, geben sie ebenso wie die beiden Supermächte den israelischen Zionisten jede Unterstützung, haben sie den zionistischen Staat sogar als assoziiertes Mitglied ihrem Block angegliedert. In Wirklichkeit sind sie feste Stützen der rassistischen Regime im südlichen Afrika und schützen sie gemeinsam mit den amerikanischen Oberherren vor dem Ansturm des Befreiungskampfes der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe.

Es ist so, wie Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA sagte: **„Auf der internationalen Arena ist die EWG eine neokolonialistische Großmacht, die nicht nur den Supermächten bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer Konkurrenz macht, sondern auch versucht, die alten Privilegien der einstigen Kolonialmächte in diesen Länder beizubehalten bzw. zurückzugewinnen."**

Gerade das versuchen die Opportunisten der GRF zu verschleiern, wenn sie die imperialistische Losung des „Dialogs" aufnehmen und dafür Stimmung machen. Sie scheuen nicht einmal davor zurück, ihre reaktionäre Politik als Internationalismus zu verkaufen. Aber mit dem proletarischen Internationalismus, mit der Schmiedung der Kampffront von Arbeiterklasse und unterdrückten Völkern gegen jeden Imperialismus, hat das nicht das geringste zu tun. Im Gegenteil, was die GRF predigt, ist Sozialchauvinismus reinsten Wassers.

Was unterscheidet sie denn noch von den modernen Revisionisten, die auch den Kampf gegen den monopolistischen Zusammenschluß der europäischen Länder längst verraten haben, die auch den imperialistischen Klassencharakter der EWG leugnen und die Werktätigen mit ihr versöhnen wollen?

Moderne Revisionisten — für EWG und NATO

Die französischen Revisionisten zum Beispiel geben die Parole aus, „die EWG von der Vorherrschaft des Großkapitals befreien, ihre Institutionen demokratisieren und die Forderungen der Arbeiter unterstützen." So versuchen sie den Werktätigen Europas einzureden, sie könnten aus dem Superkartell der imperialistischen Monopole ein Werkzeug der Arbeiterinteressen machen. Wie man dieses Wunder vollbringt? Natürlich über das Europa-Parlament. Es waren die italienischen Revisionisten, die als erste die Direktwahlen zu diesem Parlament als den entscheidenden Schritt zur Demokratisierung der EWG. Inzwischen ist diese Direktwahl, die im nächsten Jahr das erste Mal durchgezogen werden soll, der große Propagandaschlager der Schmidt, Giscard und Callaghan geworden, mit dem sie versuchen, dem wachsenden Widerstand der Werktätigen gegen die EWG zu begegnen.

Aber dieses Europa-Parlament, ob mit oder ohne direkte Wahl, was ist es anderes als eine Kopie der reaktionären bürgerlichen Parlamente in den einzelnen Ländern der EWG. In diesem Parlament wird nicht die Politik Europas gemacht, die wirklichen Entscheidungen fallen in den Chefetagen der Monopole diesseits und jenseits des Atlantik. Das Europa-Parlament wird auch nach der Direktwahl das bleiben, was es jetzt ist — eine internationale Tribüne des Betrugs an den Massen. Die modernen Revisionisten sind auf diesem Feld natürlich in ihrem Element. Wie aber ihr angeblicher Kampf für Demokratisierung wirklich aussieht, zeigte sich im letzten Jahr, als es darum ging, eine Behörde für die Beschaffung und Entwicklung von Militärflugzeugen zu gründen, die eng mit der EWG-Kommission und auf der anderen Seite mit der NATO zusammenarbeiten sollte, eine Behörde, die somit ein Verbindungsglied zwischen den beiden reaktionären Organisationen darstellt. Ausgearbeitet worden war der Plan dazu von dem Mitglied der italienischen revisionistischen Parlamentsfraktion Spinelli. Kein Wunder, daß der Sicherheitsbeauftragte von Carter, Brzezinski, erklärte: „Wenn der Euro-Kommunismus sich weiter zur Ent-Stalinisierung und dann zur Ent-Leninisierung bewegt, ist das etwas, was wir begrüßen sollten."

Die revisionistischen Parolen von der Demokratisierung der EWG über das Europa-Parlament, die revisionistische Losung von der EWG als Basis des Kampfes gegen die Supermächte, sie zielen beide auf dasselbe hin: Sie wollen den Klassenkampf des Proletariats, der Bauern und der übrigen Werktätigen in die Bahnen der Versöhnung und Zusammenarbeit mit den EWG-Imperialisten lenken. Aber zwischen den Imperialisten und den Völkern kann es keine gemeinsamen Interessen geben. Und schon gar nicht werden es die Imperialisten zulassen, daß sich die Arbeiterklasse auf friedlichem Weg ein „Europa der Werktätigen" schafft, so wie es die D„K"P propagiert.

All diese reaktionären Parolen dienen schließlich auch dazu, das Proletariat vom Klassenkampf im eigenen Land abzulenken. Denn natürlich ist die Einheit, der Zusammenschluß der Völker Europas eine richtige und notwendige Sache. Und es sind gerade die marxistisch-leninistischen Parteien, die diesen Zusammenschluß auf revolutionärer Grundlage vorantreiben. Aber die sozialistische Revolution kann das Proletariat jedes einzelnen Landes nur durchführen, indem es die eigene Bourgeoisie stürzt, ihren Staat zerschlägt und die proletarische Diktatur errichtet.

Aus aller Welt

ENGLAND

Über eine Woche lang haben in England die Werktätigen des Londoner Flughafens Heathrow gestreikt. Sie forderten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter und Angestellten des Flughafens kämpften nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen die verräterischen Gewerkschaftsführer, die dem Streik jede Unterstützung verweigert hatten. Gleichzeitig traten in dem größten britischen Stahlwerk in Port Talbot die Elektriker in einen Streik, der ebenfalls von den Gewerkschaftsführern sabotiert wurde.

SIMBABWE

Der Freiheitskampf der bewaffneten patriotischen Kräfte von Simbabwe erweitert sich in allen Gebieten des Landes. Wie die Rassistentruppen in einem Kommunique zugeben mußten, gelang es den Freiheitskämpfern in einer Aktion nahe der Grenze zu Botswana, zwei rassistische Offiziere zu töten. Diese und ähnliche Aktionen der Patrioten zeigen den völligen Fehlschlag der von den Rassisten in diesem Gebiet in der letzten Zeit verstärkten Säuberungsoperationen.

JAPAN

In den letzten Tagen streikten in Japan rund drei Millionen Arbeiter, darunter auch die Eisenbahnbediensteten. Die Streikenden forderten höhere Löhne und protestierten gegen die ständige Verteuerung der Lebenshaltungskosten.

PALÄSTINA

Der Kampf der palästinensischen Bevölkerung in den von den israelischen Zionisten besetzten Gebieten geht weiter. Auch in der letzten Woche fanden überall auf dem Westufer des Jordan und im Gazastreifen machtvolle Demonstrationen gegen die Besatzer statt. Zentrum der Demonstrationen waren erneut die Städte Nablus und Ramallah. Die israelischen Zionisten ließen sofort Armee und Polizei aufmarschieren, um die Demonstrationen gewaltsam niederzuschlagen. Es gelang ihnen aber erst nach mehrstündigem Kampf, die Demonstranten zum Rückzug zu zwingen.

FRANKREICH

In Frankreich ist vor kurzem die Woche des albanischen Films eröffnet worden. Die albanischen Filme, darunter „Der letzte Winter", „Auseinandersetzung" und andere, sind in Paris auf großes Interesse gestoßen, und viele Zuschauer haben sich die Vorstellungen angesehen. Auch in den französischen Zeitungen erschienen verschiedene Meldungen über die albanische Filmwoche. In Zusammenhang mit der Filmwoche wurden außerdem Tausende von Broschüren verteilt, in denen die Entwicklung des albanischen Filmwesens in den letzten dreißig Jahren beschrieben wird.

MALAYA

Der Radiosender "Stimme der malaiischen Revolution" sendete vor kurzem einen Bericht über die Kämpfe der Volksarmee, die unter der Führung der KP Malayas steht, gegen den Imperialismus und das herrschende Regime. Darin heißt es unter anderem: „Im letzten Jahr hat unsere Armee über 400 feindliche Soldaten getötet und große Siege auf dem Schlachtfeld errungen. Die Bewegung zur Unterstützung der Partei und für die Einschreibung in die Armee hat im ganzen Land einen großen Aufschwung genommen. Die revolutionären Kräfte haben sich beständig verstärkt und ihre Aktivitäten ausgeweitet. Die Stützpunkte und Guerillagebiete sind immer weiter gefestigt und ausgeweitet worden."

OSTTIMOR

Nach Berichten, die uns erst jetzt erreichten, hat den ganzen Januar über eine der größten Schlachten der Streitkräfte des Volkes von Osttimor gegen die indonesischen Aggressoren stattgefunden. 40 km von der indonesischen Grenze entfernt, gelang es den Volksstreitkräften auf dem Ufer des Lois-Flusses, starke Verbände der indonesischen Armee zu stellen und schließlich vernichtend zu schlagen. Einem Kommunique zufolge fielen bei den Kämpfen über 300 indonesische Soldaten, bis der Rest schließlich in Panik bei Nacht Hals über Kopf die Flucht ergriff.

PHILIPPINEN

Die von der KP der Philippinen geführte Neue Volksarmee hat neue Erfolge im Kampf gegen das faschistische Marcos-Regime errungen. In einem Gefecht in der Nähe des US-Stützpunktes Clark Air-Base gelang es einer Einheit der Neuen Volksarmee, den Regierungstruppen schwere Verluste zuzufügen und zahlreiche Waffen zu erbeuten. Zugleich wurde bekannt, daß die Neue Volksarmee in den Grenzprovinzen von Quezon-Laguna eine neue Front eröffnet hat. Diese Tatsache ist deshalb bedeutsam, weil sie zeigt, daß es den Befreiungskämpfern erfolgreich gelungen ist, die von den Regierungstruppen entfesselte Umzingelungskampagne zu durchbrechen.

KOLUMBIEN

Vor kurzem hat das 6. Plenum des Zentralkomitees der KP Kolumbiens/ML stattgefunden. Auf dem Plenum wurden die wirtschaftlichen Maßnahmen und Pläne der Lopez-Michelsen-Regierung als Demagogie gebrandmarkt, die lediglich dazu dienen sollen, die weitere Verelendung der Volksmassen zu vertuschen. Das Plenum rief die Partei und die kolumbianischen Volksmassen auf, den Kampf gegen das Regime und den USA-Imperialismus zu verstärken und auch die reaktionäre und expansionistische Tätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten und ihrer Vasallen zu enthüllen.

FINNLAND

Über 2.000 finnische Werktätige der Elektroindustrie sind am 25. März in einen Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und protestieren gegen die schlechten Arbeitsbedingungen. Die Kapitalisten haben gedroht, eine große Anzahl von Arbeitern zu entlassen, wenn der Streik nicht beendet wird. Die Streikenden haben sich dadurch jedoch nicht einschüchtern lassen, sondern sind entschlossen, den Kampf bis zur Erfüllung ihrer gerechten Forderungen fortzuführen.

USA

In den USA sind über 4.000 Hafenarbeiter in verschiedenen Häfen des Landes in einen Streik getreten. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

VANGUARDIA OBRERA — Bandeira Vermelha

Spanien — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien — Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI! nuova unità — ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Kampf um Rohstoffe, Märkte, Einflußsphären

Wachsende Rivalität der Supermächte in Afrika

Vor kurzem bereiste N. Podgorny, einer der Chefs des sowjetischen Sozialimperialismus, mehrere Länder des südlichen Afrika. Zur gleichen Zeit war dort auch Fidel Castro, kubanischer Lakai der neuen Kremlzaren. Eine fieberhafte Reisetätigkeit haben auch die Abgesandten des amerikanischen Imperialismus in verschiedenen Ländern Afrikas entfaltet. Ganz zu schweigen von den Verhandlungen des britischen Außenministers Owen, um die rassistischen Regime in Rhodesien und Südafrika zu retten und der Afrikaexpedition der „Entwicklungshilfeministerin" der Bundesrepublik, Marie Schlei.

Alle diese Reisen dienten den imperialistischen Mächten, vor allem dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus dazu, den Kampf der Völker für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus zu untergraben, hatten den Zweck, stärker in Afrika einzudringen, um die Völker und Länder Afrikas auszuplündern und zu beherrschen.

„Auf dem afrikanischen Kontinent", sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, „hat das Ringen zwischen den beiden Supermächten gerade erst begonnen und ist noch weit davon entfernt, zu Ende zu gehen. Der amerikanische Imperialismus hat dort bereits seit langem seine Stützpunkte angelegt. Seine imperialistischen Interessen sind hier auch mit den Interessen seiner westeuropäischen Verbündeten verflochten und gemeinsam bilden sie eine starke Barriere gegen den sowjetischen Vorstoß in diesem Raum.

... Die imperialistischen Großmächte nutzen ausgiebig die schwierige gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der Völker, Länder und Staaten Afrikas aus, wo sie tausendundeine Intrige aushecken. Es handelt sich um unendliche Intrigen, um das Wiedererwachen dieses großen Kontinents zu verzögern, dessen Bevölkerung jahrhundertelang in Elend gelebt hat, doch eine uralte Kultur besitzt und über junge Kräfte und Energien verfügt. Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltkapital wollen es ihr verwehren, den richtigen Weg des Fortschritts, der Freiheit, der Demokratie, der Unabhängigkeit und der vollen Souveränität dieser Staaten einzuschlagen."

Die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, und, in ihrem Gefolge, die anderen imperialistischen Mächte in Ost und West, möchten vor allem die großen Reichtümer Afrikas ausplündern und dort strategische Stellungen besetzen, um sie als Ausgangspunkt für neue Aggressionen zu benutzen. In Afrika lagern 53 wichtige Erzarten, die für die Entwicklung der Industrie und die Rüstung unentbehrlich sind. Zugleich ist Afrika einer der größten Lieferanten für landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel wie Kakao, Kaffee, Palmöl, Bananen, Baumwolle usw.

Allein die amerikanischen Imperialisten beziehen aus Afrika 100% ihrer Industriediamanten, 58% ihres Urans, 36% des Magnesiums und Kobalts, 33% des Erdöls, 23% des Chroms und andere Rohstoffe. Der afrikanische Staat Liberia ist, nach Brasilien, der zweitgrößte Eisenerzlieferant an die Stahlkonzerne der Bundesrepublik. Kupfer aus dem Kongo und aus Sambia wird in den Hütten Westeuropas verarbeitet.

So waren die afrikanischen Kolonien lange Zeit die Quelle riesiger Profite für die imperialistischen Ausbeuter. Als nach dem 2. Weltkrieg die afrikanischen Völker ihren Kampf gegen das Kolonialjoch verstärkten und ein afrikanisches Land nach dem anderen unabhängig wurde, wandten die Imperialisten die Methode der neokolonialistischen Ausbeutung an, um die Völker weiter auszuplündern und zu unterdrücken. Wie überall waren es auch hier die amerikanischen Imperialisten, die bald zu den größten Ausbeutern der afrikanischen Reichtümer wurden und sich in Afrika starke Stellungen sicherten. Die amerikanischen Imperialisten setzten sich in Südafrika fest, rüsteten und rüsten die rassistischen Regime auf, versorgen sie mit aller möglichen Hilfe, um sie am Leben zu erhalten und den Befreiungskampf der Völker von Azania, Namibia und Simbabwe zu unterdrücken und um zugleich den Süden Afrikas zu einer Bastion gegen das Vordringen des sowjetischen Sozialimperialismus zu machen. Die amerikanischen Imperialisten intervenierten im Kongo, unterdrückten den Kampf des kongolesischen Volkes für seine Befreiung blutig, ließen Patrice Lumumba, den Führer des Befreiungskampfes meuchlings ermorden und setzten ihren Lakaien Mobutu als Präsidenten ein. Seitdem ist der Kongo eine der stärksten Bastionen des amerikanischen Imperialismus in Afrika. Nicht zuletzt zeigen dies auch die Waffenlieferungen aus den USA, Frankreich, die „humanitäre Hilfe" des westdeutschen Imperialismus in der jetzigen Krisensituation an das Regime.

In der letzten Zeit hat sich die Expansion des amerikanischen Imperialismus in Afrika rasch verstärkt. Allein 1975 erhöhten sich die amerikanischen Investitionen in Afrika um etwa 6 Milliarden Dollar. Dabei betrugen die jährlichen Gewinne aus diesen Investitionen die Höhe von 30% der investierten Kapitalien. Auch die von zahlreichen afrikanischen Ländern mit der EWG abgeschlossenen Assoziierungsabkommen nützen nicht nur den westeuropäischen Imperialisten, sondern verbinden diese Länder zugleich mit dem westlichen imperialistischen Lager, in dem der USA-Imperialismus den Taktstock schwingt.

Nach wie vor bleibt der amerikanische Imperialismus ein gefährlicher Feind der Freiheit und der Unabhängigkeit der afrikanischen Völker. Er verstärkt seine Anstrengungen, die Völker Afrikas zu kontrollieren und zu beherrschen, schürt Intrigen und Komplotte, übt Druck und Erpressungen aus und droht, wie vor kurzem im Falle Ugandas, ganz offen mit militärischer Intervention, wenn seine Interessen bedroht sind.

Ein genauso gefährlicher Feind der afrikanischen Völker ist auch der sowjetische Sozialimperialismus. Er versucht, den antiimperialistischen Kampf der Völker Afrikas auszunutzen, um die Länder und Völker als Kanonenfutter für seine neokolonialistischen Ziele zu verwenden, wie es das Beispiel Angolas und seine gegenwärtigen Bemühungen, den antiimperialistischen Kampf der Völker des südlichen Afrika unter seine Kontrolle zu bringen, zeigen. Dabei wenden die sowjetischen Sozialimperialisten die gleichen Methoden wie die amerikanischen Imperialisten an. Bereits heute sind die Kremlzaren gemeinsam mit Washington der größte Waffenlieferant in Afrika. Die Waffen, die angeblich für die Stärkung der Unabhängigkeit und den Erfolg des Befreiungskampfes gegeben werden, sind aber in Wirklichkeit Mittel, um die Völker zu versklaven. Ihre Lieferung ist mit zahlreichen Bedingungen verbunden, die den sowjetischen Sozialimperialisten Macht und Einfluß sichern. Dazu gehört die Überlassung von Stützpunkten wie in Somalia und anderen Ländern. Dazu gehört die Entsendung von sowjetischen Beratern und „Experten" und, wie im Falle Ägyptens, daß sie sich das Recht vorbehalten, selbst über den Einsatz der von ihnen gelieferten Waffen zu entscheiden. All das bedeutet eine schwere Beeinträchtigung der Souveränität der jungen afrikanischen Staaten.

Gleichzeitig versuchen die sowjetischen Sozialimperialisten in die afrikanischen Länder einzudringen, um ihre Reichtümer auszubeuten und sie auszuplündern. So betrug der Kapitalexport Moskaus nach Afrika in den letzten Jahren über 3 Milliarden Dollar, wobei sie aus jedem investierten Dollar 200-300% Profit gezogen haben. Sowjetische Firmen haben in Afrika über 150 Niederlassungen errichtet, z.T. in der Form gemeinsamer Unternehmungen, die den gleichen ausbeuterischen Charakter wie die multinationalen imperialistischen Gesellschaften haben. Weitere 400 große industrielle Projekte werden zur Zeit von den sowjetischen Sozialimperialisten in Afrika errichtet. Dabei handelt es sich vor allem um solche in lebensnotwendigen Bereichen der Wirtschaft, wie z.B. der Eletroenergetik, der Metallurgie, des Maschinenbaus, der Erdölverarbeitung und anderen. Durch Kapitalexport, ungleichen Handel, Wucherzinsen für gegebene Kredite und Waffenverkäufe haben die sowjetischen Sozialimperialisten in den vergangenen Jahren fast 15 Milliarden Dollar aus Afrika herausgeholt.

Die sowjetischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten sparen natürlich nicht mit Demagogie, um den wahren Charakter ihrer "Hilfe" zu vertuschen. So tarnen sich die neuen Zaren im Kreml als "Antiimperialisten" und versuchen eine sogenannte "antiimperialistische Front" unter ihrer Führung und Kontrolle aufzubauen. Andererseits operieren die amerikanischen Imperialisten mit dem Schlagwort des "Antisozialimperialismus" und bieten sich den afrikanischen Völkern als "Schutzmacht" gegen das Expansionsstreben Moskaus an.

Beide haben aber nichts anderes im Sinn, als den Kampf der Völker Afrikas für ihre wirkliche Befreiung zu unterdrücken und sich Einflußsphären, strategische Stellungen und die Kontrolle über die Reichtümer des Kontinents zu sichern. Die Völker Afrikas haben diese gegen sie gerichteten Aktivitäten der beiden Supermächte und ihrer Verbündeten und Lakaien in den letzten Jahren aber immer besser durchschaut. Sie erkennen immer besser, daß wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit nur im Kampf gegen beide imperialistischen Supermächte, gegen den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen alle ihre imperialistischen Verbündeten und alle ihre Lakaien, gegen die Reaktion, die im Dienst des Imperialismus und Sozialimperialismus steht, errungen werden kann.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Nordirland

Nieder mit den britischen Besatzern!

Vor kurzem wurden vor einem Gericht in Belfast zwei junge Nordiren zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die offizielle Anklage lautete auf „Mord“ und „unerlaubten Waffenbesitz“. In Wirklichkeit waren die beiden Freiheitskämpfer, junge Patrioten, die mit der Waffe in der Hand für die Befreiung Nordirlands vom Joch des britischen Imperialismus kämpften. Nordirland, die älteste Kolonie des britischen Imperialismus, ist nach wie vor Schauplatz des brutalsten Terrors der englischen Besatzer und ihrer faschistischen Lakaien gegen das Volk, das mit der Waffe in der Hand für seine Befreiung kämpft.

Hier in Nordirland zeigt die englische „Demokratie“ ihr wahres Gesicht: im Interesse der Handvoll englischer Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die die Werktätigen Nordirlands ausbeuten und ausplündern, hält die britische Regierung Nordirland militärisch besetzt und unterdrückt die Bevölkerung mit faschistischem Terror.

Wie die Hitlerfaschisten in Deutschland haben auch die englischen „Demokraten“ ihre Konzentrationslager, in denen Hunderte von Freiheitskämpfern und Patrioten eingekerkert sind. Wie die Hitlerfaschisten mit ihrem Gesetz über die „Schutzhaft“ haben auch die britischen Imperialisten ein Gesetz erlassen, das es ihnen erlaubt, jederzeit jeden, der ihnen verdächtig erscheint, ohne Begründung in einem der KZ's einzukerkern. Gemäß diesem Gesetz haben die britischen Besatzersoldaten das Recht, in die Wohnung einzudringen und willkürliche Verhaftungen vorzunehmen, verhaften und mißhandeln sie Männer, Frauen und sogar Kinder, wie den 15jährigen Alex Murphy, der im berüchtigten KZ von Long Kesh eingekerkert wurde.

Jeder einzelne von denen, die in Long Kesh oder irgendeinem der anderen KZ's eingekerkert sind, wird gefoltert. Obwohl die britische Regierung Folterungen immer abgeleugnet hat, gibt es Dutzende von Zeugenaussagen, Dutzende von Freiheitskämpfern, die nach ihrer Entlassung die Foltern, denen sie ausgesetzt waren, beschrieben haben. Diese Beweislast ist so erdrückend, daß die britische Regierung jetzt in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof offiziell die Folterungen in den nordirischen Gefängnissen zugeben mußte. Die Praktiken der englischen Folterknechte unterscheiden sich keinen Deut von denen im faschistischen Spanien, in Chile oder Brasilien. Um Geständnisse zu erpressen werden die Gefangenen geprügelt, hauptsächlich auf den Kopf. Die Soldaten drohen den Gefangenen mit Erschießung, legen auf sie an und drücken ab, ohne daß der Gefangene weiß, ob das Gewehr geladen ist oder nicht. Frauen und Mädchen wird mit Vergewaltigung gedroht. Viele der Gefangenen werden in Isolationshaft gehalten und allen möglichen Arten psychischen Drucks ausgesetzt.

Dem Terror in den Gefängnissen und KZ's entspricht der Terror der britischen Besatzer und ihrer faschistischen Lakaien wie der „Ulster Defence Army“(UDA) und anderen Gruppen in den Straßen der Städte. Gummiknüppel, Tränengas und Schüsse auf Demonstranten sind an der Tagesordnung. Häuser, in denen Freiheitskämpfer vermutet werden, werden in Brand gesetzt, Meuchelmörder legen in den Arbeitervierteln Bomben und erschießen hinterrücks bekannte Führer des Freiheitskampfes. Die von der britischen Armee und den Faschisten umgebrachten und ermordeten Freiheitskämpfer zählen nach Hunderten.

Ganz offen kündigte Sammy Smith, einer der Führer der nordirischen Faschisten, die im vollsten Einverständnis mit der britischen Armee handeln, vor kurzem in einem Interview neue Massaker unter der nordirischen Bevölkerung an. Auf die Frage, wie er sich gegenüber unbewaffneten Katholiken verhalte, sagte er: „Wie wollen Sie wissen, daß sie keine Waffen haben? Wir werden davon ausgehen, daß alle bewaffnet sind und von daher werden wir entsprechend gegen alle vorgehen. ... Im Bürgerkrieg kann keiner beiseitestehen. Die nicht daran Teilnehmenden werden deshalb auch als Feinde betrachtet.“



In den Kämpfen von 1969 bis 1973 gelang es den nordirischen Patrioten in den Armenvierteln zahlreicher Städte befreite Zonen zu errichten. Unser Bild zeigt den Eingang einer solchen Zone in Derry.

In dieser reaktionären Front gegen den Befreiungskampf des irischen Volkes steht auch die Regierung der Republik Irlands, die irische Bourgeoisie. Seit ihrem Eintritt in die EWG ist die irische Regierung zur offenen Unterdrückung der nordirischen Befreiungskämpfer übergegangen. In Dutzenden von Treffen mit den britischen Imperialisten wurden die Unterdrückungsmaßnahmen abgesprochen. Im Dubliner Gefängnis von Portlaoise sind heute ebenso Befreiungskämpfer eingekerkert wie in Long Kesh. Und nicht nur im Norden, sondern auch im Süden Irlands sind die Befreiungsorganisationen illegal.

So ist die achthundertjährige Herrschaft der englischen Krone über Nordirland die Geschichte der grausamsten Ausbeutung und blutigen Unterdrückung der Volksmassen im Interesse der Ausbeuterklassen. Sie ist aber zugleich auch die Geschichte des heroischen, unbeugsamen Kampfes des irischen Volkes gegen seine Unterdrücker. In diesen achthundert Jahren hat sich das irische Volk mehr als einmal mit der Waffe in der Hand erhoben, um seine Heimat zu befreien.

Ostern 1916, mitten im ersten imperialistischen Weltkrieg, erhob sich das irische Volk unter der Führung des Revolutionärs James Connolly zum allgemeinen Aufstand gegen die britischen Imperialisten. Trotz des heldenmütigen Kampfes der Volksmassen gelang es der englischen Bourgeoisie, den Aufstand niederzuschlagen. James Connolly und viele andere Führer des Aufstandes wurden hingerichtet. Aber die Flamme des Freiheitskampfes war nicht erloschen und ist es bis heute nicht.

In den letzten Jahren hat sich dieser Kampf im Gegenteil immer mehr verstärkt. Besonders machtvoll brandete der Kampf in den Jahren 1969 bis 1973 auf, als sich die Freiheitskämpfer und die britische Armee in zahlreichen offenen Schlachten gegenüberstanden, als es den Patrioten gelang, die Armenviertel der nordirischen Städte und große Teile der Grafschaft Armagh in befreite Gebiete zu verwandeln, in die sich die britischen Truppen nicht hineinwagten. „Free Derry“ — das „Freie Derry“ — wurde damals zum Symbol des Kampfes der nordirischen Volksmassen. Und hier in Derry ermordeten die britischen Imperialisten am 30. Januar 1972 dreizehn Patrioten, als sie das Feuer auf eine unbewaffnete Demonstration gegen den britischen Imperialismus eröffneten.

Heute versetzen die nordirischen Patrioten den englischen Besatzungstruppen täglich neue Schläge. Die bewaffneten Aktionen der Freiheitskämpfer richten sich gegen die Militärposten der britischen Besatzer, gegen die Stabsquartiere der britischen Armee in Nordirland, gegen die Patrouillen, gegen Munitions- und Soldatentransporte, gegen die faschistischen Banden und Verräter. Nirgends können sich die Besatzer und ihre Lakaien sicher fühlen. Obwohl in der letzten Zeit die Anzahl der britischen Truppen in Nordirland ständig erhöht worden ist, obwohl dort Spezialeinheiten der britischen Armee zur „Terroristenbekämpfung“ operieren, ist es ihnen nicht gelungen, den Freiheitskampf zu unterdrücken. Selbst in der Innenstadt von Belfast, die von den britischen Besatzern mit einem Sperrzaun umgeben worden ist und schwer bewacht ist, gelang es Einheiten der Patrioten kürzlich in einem konzentrierten Schlag, insgesamt 15 Bomben gegen militärische Einrichtungen des Feindes zur Explosion zu bringen.

Der bewaffnete Kampf der nordirischen Patrioten wird von den breiten Volksmassen unterstützt. Viele Jugendliche schließen sich den Reihen der Freiheitskämpfer an und sie erhalten Geld, Essen und Wohnungen von den Einwohnern der Armenviertel der nordirischen Städte. Immer wieder kommt es zu machtvollen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die britischen Besatzer.

Die nordirische Bevölkerung weiß, daß der einzige Weg zur Freiheit der entschlossene und kompromißlose Kampf gegen die Kolonialherren und ihre Handlanger ist. Es ist entschlossen, diesen Kampf bis zu Ende zu führen, wie es in dem Lied der nordirischen Patrioten an ihre gefangenen Mitkämpfer heißt:

„Alle werden wir befreien, wenn wir unserer Stärke traun,
denn wir brauchen ihre Hilfe,
die Nation neu aufzubauen.
Vorwärts nun, marschiert gemeinsam für die Freiheit ohne Frist!
Fürchtet nichts und wanket niemals, bis uns dies gelungen ist.“

Die KP Boliviens/ML ruft auf

Den revolutionären Massenkampf entfalten!

In Bolivien herrscht, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch, ein faschistisches Regime. Dieses Regime ist ein Lakai des USA-Imperialismus und vertritt die Interessen der bolivianischen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Das Volk hat keinerlei politische Rechte und wird grausam unterdrückt.

Die Kommunistische Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten ist illegal. Illegal sind auch die revolutionären Gewerkschaften, vor allem der Minenarbeiter. Zahlreiche ihrer Führer sind verhaftet. Die Zinngrubenbezirke sind seit dem vergangenen Jahr militärische Sperrbezirke und von schwerbewaffneten Soldaten umstellt. Die Arbeiter werden von den Soldaten zur Arbeit getrieben. Trotzdem haben die bolivianischen Werktätigen im vergangenen Jahr große Kämpfe geführt, unter denen der Generalstreik der Bergarbeiter im Juni und Juli herausragt.

Am 14. Juni legten 50.000 Bergarbeiter die Arbeit nieder, nachdem das Regime am 9. Juni den Ausnahmezustand in den Zinngruben verhängt hatte. Die Arbeiter forderten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiterführer und Lohnerhöhungen. Sie riefen zugleich zum Kampf gegen den USA-Imperialismus und das faschistische Regime auf. Um die streikenden Kumpel zu unterdrücken, ließ das Regime sofort Truppen ausrücken und die Zinnbergwerke besetzen und eine große Zahl von streikenden Arbeitern verhaften. Außerdem schnitten die faschistischen Truppen den Bergarbeitern die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und elektrischem Strom ab, um sie auszuhungern.

Die Kumpel ließen sich jedoch durch das Aufgebot an Truppen nicht einschüchtern, sondern schlossen sich noch enger im Kampf zusammen. Im ganzen Land kam es trotz des von dem faschistischen Regime erlassenen Verbots zu zahlreichen Solidaritätsstreiks und Demonstrationen der anderen Werktätigen und vor allem auch der Studenten.

Schließlich gingen die Bergarbeiter auch dazu über, die faschistischen Truppen mit Gewalt anzugreifen. Bei den Zusammenstößen gab es Tote und Verwundete.

„Liberacion“, das Zentralorgan der KP Boliviens/Marxisten-Leninisten, gibt in seiner im Januar in Bolivien illegal erschienen Nummer einen Rückblick auf die Kämpfe des vergangenen Jahres und ruft die Werktätigen dazu auf, die Klassenaktionen gegen die Militärdiktatur und für die nationale Befreiung auszuweiten. In dem Artikel heißt es unter anderem:

„Hunderte und Tausende Werktätige der Bergwerke, der Städte und Dörfer haben aktiv am Kampf gegen die Politik des Hungers und die Unterdrückung der Faschisten teilgenommen. Der nationale Kongreß der Bergarbeiter (der in der Illegalität abgehalten wurde — „Roter Morgen“), der allgemeine Streik der Bergarbeiter und der Streik der Werktätigen von Manaco waren die wichtigsten Aktionen bei dem Widerstand der Massen gegen die faschistische Diktatur. Sie sind Ausdruck des Willens des Volkes, seine volle soziale und politische Freiheit zu erkämpfen.

Diese Massenaktionen sind die konkrete und notwendige Antwort auf die schwierige Lage, in der das bolivianische Volk infolge der Politik der Diktatur lebt. Die Arbeiter sind der elementarsten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubt. In der unvermeidlichen und notwendigen Auseinandersetzung zwischen der verbrecherischen Unterdrückerdiktatur einerseits und dem Volk, das seine Befreiung fordert, andererseits, gehört der endgültige Sieg letzteren. Die werktätigen Massen bekämpfen den Faschismus und unterwerfen sich ihm nicht. Das Regime wird zerschlagen werden und das Volk wird seine Macht errichten.

Solange das Volk unter dem Regime der Ausbeutung und Unterdrückung lebt, haben die Jahre und das Leben einen einzigen Inhalt: **Kampf gegen seine Ausbeuter, für seine Befreiung.** Das ist der Weg und das Ziel der Massen. Denn der Kampf selbst kann ihnen das Glück geben, das ihnen von den Imperialisten und Faschisten geraubt ist. Nichts kann zum Wohl des Volkes erlangt werden, wenn man sich vom Kampf fernhält, weder mit bürgerlichem Bitten und Betteln gegenüber Herrn Carter noch mit reformistischem Versöhnlertum.

Unsere revolutionäre und patriotische Aufgabe ist, das Jahr 1977 zu einem Jahr des umfassenden Kampfes gegen Faschismus und Imperialismus zu machen und aus der wertvollen Erfahrung, die die Kämpfe des Jahres 1976 hinterlassen haben, Lehren zu ziehen. **Die KPB/ML hat sich die Aufgabe gestellt, die Mobilisierung der Massen im Kampf zu steigern, ihren gerechten Kampf voranzutreiben und sie mit der proletarischen Ideologie des Marxismus-Leninismus zu wappnen. Im Kampf gegen den verbrecherischen Faschismus hat die Partei die Losung ausgegeben: Schließen wir uns zusammen, organisieren wir uns, bereiten wir uns vor und entfalten wir die revolutionäre Aktion der Massen!“**

Demonstrationen und Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1977

Bremen

Demonstration: 10.00 Uhr, Brombergerstr./ Halmer Weg; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Greifswalder Platz. **Veranstaltung:** 29.4., 20.00 Uhr, Gaststätte „Weidenhöfer's", Grenzwehr.

Dortmund

Demonstration: 10.00 Uhr, Alt-Scharnhorst, Eichkamp/Im Bellwinkelhof. **Veranstaltung:** 15.30 Uhr, Stadtwald-Restaurant, Grävingholz, Evinger Straße.

Duisburg

Demonstration: 10.00 Uhr, Duisburg-Marxloh, Kreyenbergshof; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Otto-Hahn-Straße (Schmidthorst). **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, „Ratskeller", Duisburger Straße.

Frankfurt

Demonstration: 10.00 Uhr, Höchst-Unterliederbach, Langobardenweg/ Chattenweg. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Sindlingen, Bürgerhaus.

Hamburg

Demonstration: 10.00 Uhr Hamburg-Wandsbeck, Alter Teichweg. **Veranstaltung:** 29.4., 19.00 Uhr, Gaststätte „Jarresstadt". Jarresstraße.

Hannover

Demonstration: 10.00 Uhr, Hannover-Ricklingen, Friedrich-Ebert-Platz.

Kiel

Demonstration: 10.30 Uhr, Kiel-Gaarden, Vinetaplatz; **Abschlußkundgebung:** 13.00 Uhr, Vinetaplatz. **Veranstaltung:** 16.00 Uhr, Haus der Jugend, Werftplatz.

München

Demonstration: 10.30 Uhr, Sendlingertorplatz; **Abschlußkundgebung:** 12.30 Uhr, Walchenseeplatz.

Stuttgart

Demonstration: 10.00 Uhr, Dessauer Straße. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Jugendhaus-Ost, Gerok-Straße.

Westberlin

Demonstration: 10.00 Uhr, Wedding, Am Leopoldsplatz; **Abschlußkundgebung:** 13.00 Uhr, Bellermannstraße/Eulerstraße. **Veranstaltung:** 15.00 Uhr, Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-Straße 131.

Weitere Veranstaltungen

AACHEN: 29. 4., 19.30 Uhr, Gaststätte „Degraa", Jülicherstraße 76.

BRAUNSCHWEIG: 30. 4., 19.00 Uhr, „Wendenring-Schänke", Wendenring 11.

BONN: 27. 4., 19.00 Uhr, Gaststätte „Sternenburg", Sternenburgerstraße.

ROTE GARDE BERGSTRASSE: 29. 4., 19.30 Uhr, Heppenheim, Treffpunkt Hotel „Halber Mond".

FREIBURG: 28. 4., 20.00 Uhr, Hotel „Sonne", Baselerstraße 58.

KASSEL: 29. 4., 19.30 Uhr, „Bürgerschänke", Welheider Kreuz.

KÖLN: 28. 4., 19.00 Uhr, Gaststätte „Hemmersbach", Neusser Straße, gegenüber Agneskirche.

LUDWIGSHAFEN: 29.4., 19.00 Uhr, Volkshaus, Gartenstadt, Königsbacherstraße 12.

RÜSSELSHEIM: 28. 4. , 19.00 Uhr, „Harlachschänke"

SINGEN: 28. 4., 19.00 Uhr, Café Lusch, Rielasingerstraße.

WOLFSBURG: 25. 4., 19.00 Uhr, „Schwanensee", Hansa-Platz.

Polizeiüberfall auf Jugendheim



So sah es im Frankfurter Jugendheim Bockenheim aus, nachdem es in der Karfreitagsnacht von der Polizei überfallen worden war. An dem Polizeiüberfall, der von der Bundesanwaltschaft als „Durchsuchung" bezeichnet wurde, waren hauptsächlich Spezialbeamte des Bundeskriminalamtes beteiligt. Außerdem wurde jetzt bekannt, daß zum gleichen Zeitpunkt weitere 15 Frankfurter Wohnungen von der Polizei „durchsucht" worden sind, um, wie sie hinterher sagten, Hinweise über das Attentat auf Buback zu bekommen. Die Polizisten verwüsteten das Jugendheim vollständig, brachen Schränke und Türen auf und warfen die ganze Einrichtung durcheinander. Nicht genug damit verschleppten sie außerdem vier Jugendliche in Handschellen gefesselt auf die Wache und nahmen sie vorübergehend fest. Dabei behaupteten sie unverschämt: „Du hast den Buback erschossen, gib's doch zu." Der terroristische Überfall auf das Heim hat bei den Frankfurter Jugendlichen große Empörung hervorgerufen.

"Das ist der Job des Jahres 2000"

Mit diesem Reklamespruch warb das Mannheimer Reinigungsunternehmen Ernst Lieblang unter Obdachlosen für „Putz- und Aufräumungsarbeiten". Viele Obdachlose, die von der Arbeitslosigkeit ganz besonders schwer betroffen sind, waren anfangs froh, endlich einmal Arbeit zu bekommen. Doch was bewog das Mannheimer Reinigungsunternehmen dazu, Obdachlose einzustellen? Schlug vielleicht das Herz des Unternehmers Lieblang für das Schicksal dieser Menschen? Durchaus nicht. Was tatsächlich hinter diesem „Job des Jahres 2.000" steckte, erfuhren die meisten von ihnen erst, als es bereits losging: Denn statt zum Schneeschippen im Bayrischen Wald, wie es einigen versprochen worden war, ging es mit Bussen ins nordbadische Obrigheim, nach Karlsruhe und nach Gundremmingen — zum Reinigen von Atomkraftwerken.

Für diese Arbeiten Obdachlose anzuwerben, beruht keineswegs darauf, diesen Menschen helfen zu wollen. Vielmehr ist die Arbeit in diesen Atomkraftwerken — zumal bei Reinigungsarbeiten — derart gefährlich, daß nicht einmal festes Reinigungspersonal dafür eingestellt wird, weil die Strahlenbelastung allein beim Putzen so hoch ist, daß keiner längere Zeit dort arbeiten kann. Das ist der Grund dafür, warum dafür Leute gesucht werden, die nur stundenweise beschäftigt werden, warum Leute angeworben werden, die so froh darüber sind, endlich Arbeit gefunden zu haben, so daß sie nicht lange nachfragen. Keiner der Obdachlosen war nämlich vorher darüber informiert worden, wie gefährlich dieser „Job des Jahres 2.000" ist.

Im Extremfall kann die Reinigungsarbeit in einem Atomkraftwerk, wie zum Beispiel 1960 nach einem Reaktorunfall in Idaho Falls, USA, so lebensbedrohlich sein, daß Reinigungsteams eingesetzt werden mußten, die nicht länger als 60 Sekunden im Einsatz sein durften, weil sie sonst Strahlenbelastungen ausgesetzt wären, die Gesundheit und Leben aufs äußerste gefährdet hätten. Damals mußten Buchhalter, Büroangestellte usw. in den Schutzanzug steigen, weil kein Personal zur Verfügung stand, das nicht schon eine höchstzugelassene Strahlenmenge für ein ganzes Jahr abbekommen hätte.

Heute, 17 Jahre später, macht man es sich leichter: Man setzt Menschen für Reinigungsarbeiten ein, bei denen die aufgenommene Strahlenmenge gar nicht so genau verfolgt werden kann, da sie als Obdachlose, die nach den Reinigungsarbeiten wieder entlassen werden, irgendwo unterkommen. Sollte einer von ihnen später einmal durch die Strahlenbelastungen erkranken oder womöglich daran sterben — kein Arzt, kein Gesundheitsamt wird einen Zusammenhang zwischen der kurzfristigen Arbeit im Atomkraftwerk und der Krankheit oder dem Tod suchen.

Auf diese Weise wird von den Energiemonopolen und ihren Reinigungsfirmen die Lage der Obdachlosen auf das schamloseste ausgenutzt. Solche Menschenverachtung kann nur der Kapitalismus hervorbringen, der in der Geschichte schon tausendfach bewiesen hat, daß er für Profit über Leichen geht.

107. Geburtstag W. I. Lenins



Am 22. April, vor 107 Jahren, wurde Wladimir Iljitsch Lenin, der große proletarische Ideologe und Führer des Weltproletariats geboren. Lenin war es, der im Kampf gegen den Verrat der Opportunisten der II. Internationale, gegen den Verrat der Bernstein, Kautsky und Co. den Marxismus verteidigte und weiterentwickelte. „Der Leninismus", sagte Stalin, „ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution." Lenins Lehre der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats zu folgen, das bedeutet, die sozialistische Weltrevolution zum Sieg über alle ihre Feinde zu führen.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 10-14 Uhr

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 40. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.